

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise
sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Cindencstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 282 - 295
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftszeit 6-5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,
Berlin SW. 68, Cindencstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2506-2507

Das Unternehmertum im Wahlkampf.

Die Volkspartei — bezahlt damals und bezahlt heute.

Das Rundschreiben der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, das der „Vorwärts“ jüngst veröffentlichte, beweist, daß das Unternehmertum mit großer Aufmerksamkeit der Wahlbewegung folgt. Um ihre Interessen zu wahren, werfen die organisierten Unternehmer, da sie dem geistigen Ringen, das sich während der Wahlbewegung abspielt, nichts anderes beizusteuern haben, als entscheidenden politischen Trumpf Geld auf den Tisch. Als echte Händlernaturen erklären sie, daß sie ihre Geldleistungen zum Zwecke des Wahlkampfes nur noch für bindende Gegenseistungen in Gestalt intellektueller und moralischer Opfer der unterstützten Kandidaten hergeben werden.

Das Unternehmertum ist vom Verlauf der Dinge im politischen und sozialen Leben aufs tiefste enttäuscht. Als die im Herbst 1923 einsetzende scharfe wirtschaftliche Krise die politische und gewerkschaftliche Front der Arbeiterschaft für einen Augenblick in Unordnung gebracht hatte, schickte es sich an, für die Abrechnung mit der Arbeiterschaft für alles Leid zu halten, das sie ihm — nach den Vorstellungen des Unternehmertums — in den letzten Jahren angetan hatte.

Dem Achtstundentag galt der erste Angriff. Die den Arbeiter und Angestellten bei Entlassungen und bei Betriebsstilllegungen schützenden Demobilisierungsverordnungen fielen im ersten Ansturm, die Löhne wurden mit Einführung der Goldrechnung auf ein unmögliches Niveau herabgesetzt. Mit äußerster Schärfe gingen die Unternehmerverbände gegen das unter der neuen sozialpolitischen Gesetzgebung zu hoher Blüte gelangte Tarifvertragswesen vor, und stürmisch forderten sie von der Staatsgewalt eine entschlossene Umkehr auf allen Gebieten der Sozialpolitik.

Die Situation war kritisch für die Arbeiterschaft, aber keineswegs hoffnungslos. Denn die Rechnung der Unternehmer war in mehreren Punkten falsch. Das heftige Vorwärtsdrängen des organisierten Scharfmachtertums, das seine traurigen Absichten nur dürftig unter schwächlichen Reden vom Interesse einer Wirtschaft, die einer „Volksgemeinschaft“ diene, zu verbergen vermochte, kam bald zum Stillstand. Die Gewerkschaften gelangten überraschend schnell zu neuer Kraft. Um jeden Schritt wurde zwischen Gewerkschaften und Unternehmerverbänden mit Zähigkeit gerungen. Lohnbewegungen konnten mit Erfolg geführt werden, und in der Arbeitszeitfrage blieb das Ergebnis des Strebens der Unternehmer weit zurück hinter ihren Zielen.

Je weniger sie aber im Kampfe mit den Gewerkschaften ihre Absichten restlos durchsetzen konnten, um so mehr mußten die Unternehmer ihr Heil auf politischem Gebiete suchen. Die Reichstagswahl im Mai sollte ein Parlament und eine Regierung hervorbringen, die es erlaubt hätten, die infolge der wirtschaftlichen Krisis erlangte starke soziale Position des Unternehmertums durch politische Maßnahmen dauernd zu sichern, die in den ersten stürmischen Wochen der Inflationskrisis erzielten Erfolge auszubauen und die Arbeiterschaft sozialpolitisch und hinsichtlich der Arbeitsbedingungen auf der ganzen Linie zurückzudrängen. Das Unternehmertum zeigte sich keineswegs bescheiden. Es vertrat gegenüber diesem Reichstag der vollendeten Unzulänglichkeit, der am 4. Mai zustande gekommen war, ein Programm des rückwärtslosesten Abbaus auf wirtschaftlichem und sozialpolitischem Gebiete. Die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände bewarft den Reichstag mit einem Bombardement von sogenannten „Denkschriften“, in denen sie als Richtlinie für die kommende Sozialpolitik die Parole ausgab: Lange Arbeitszeit — niedrige Löhne — Einschränkung der Macht und öffentlichen Bedeutung der Gewerkschaften! Herr v. Borstig forderte unerlaubt die Beseitigung wichtiger Teile des gegenwärtig geltenden Tarifvertragsrechts, und sein Adversus Reichsinhaber verkündete bereits die Wiedergeburt der selben. Der Bürgerhaß wäre die diesem Bestreben der Unternehmer entsprechende Regierungscoalition gewesen.

Diese Hoffnungen sind zerronnen! Zerronnen durch die wachsende Macht der Gewerkschaften und durch den Widerstand der Sozialdemokratie gegen den Eintritt der Deutschnationalen in die Regierung. Die Reichstagsauflösung hat alle die fahnen Konstruktionen des organisierten Unternehmertums in einen trostlosen Scherbenhaufen verwandelt. Das Unternehmertum weiß, daß auch die tiefste seelische Depression, die in den schrecklichsten Krisenmonaten über die Arbeiterschaft gekommen war und ihren Elan auch während des vorigen Wahlkampfes gehemmt hatte, gewichen ist. In vielen gut geführten Lohnbewegungen hat es diesen Wechsel der Stimmung am eigenen Leibe verspürt. Die Unternehmer wissen, daß die Arbeiter und Angestellten wieder mit größeren Hoffnungen auf die politische Entwicklung blicken, und sie wissen vor allem, daß der kommende Reichstag auf keinen Fall ein so schnelles und noch weniger ein so trauriges Ende nehmen kann wie der aufgelöste. Er wird für eine gewisse Zeit die Politik des Reiches entscheidend bestimmen, und zwar für eine Zeit, in der das Unternehmertum seine Ernste in den politischen Schemern zu kochen beabsichtigt. Und daher kann hier — so kalkuliert die Berechnung der Arbeitgeberverbände — nur noch das alte Mittel helfen, mit dem die Besitzenden sich politischen Einfluß zu verschaffen suchen: Das Geld, der Kauf der Meinungen, die Prostitution der Meinung.

Aber die Arbeiterklasse wird, von neuem Glauben erfüllt, bei diesen Wahlen durch die Wahl einer starken sozialdemokratischen Fraktion einen Reichstag hinstellen, an dem diese Spekulationen politischer Krämer zuschanden werden.

Volkspartei und Unternehmergeld.

Der Beschluß der Spitzenorganisation der Arbeitgeberverbände, von allen Mitgliedern ihrer angeschlossenen Verbände pro Kopf des beschäftigten Arbeiters einen Betrag von mindestens 2, wenn möglich 4 M. zu erheben, um bei der Wahl aus diesen Mitteln der Industrie willfährige Kandidaten und Parteien zu subventionieren, hat bei den Arbeitnehmern mit Recht die heftige Empörung hervorgerufen. Der Versuch der Industriemagnaten, die aus den Arbeitern herausgepreßten Gelder durch Schaffung eines solchen Korruptionsfonds zur politischen und wirtschaftlichen Knebelung der Arbeiterklasse zu verwenden, ist indessen nicht neu. Bisher ist er allerdings noch niemals so offen und schamlos betrieben worden, weder von denen, die bestechen wollen, noch von denen, die zu solchem Handel bereit sind.

Am 4. Dezember 1909 brachte die „Deutsche Volkswirtschaftliche Korrespondenz“ die folgende Mitteilung:

„Kurz nach der letzten Reichstagsauflösung ist der damalige Reichstagsler Fürst Bülow an den damaligen Vorsitzenden des Zentralverbandes, Herrn Hüttenbesitzer v. Bopelius, herangetreten mit dem Ansuchen, für den Wahlkampf aus der Industrie heraus einige Geldmittel zu sammeln. Das ist geschehen, und es sind dem Herrn Reichstagsler mehrere hunderttausend Mark zur Verfügung gestellt worden. Neben ihm ein Komitee von Fraktionsführern und einigen anderen Herren, so auch dem damaligen Herrn Unterstaatssekretär bei der Reichskanzlei, v. Loebell, zusammengezetten, um über die Verteilung der Mittel zu beraten. In dieses Komitee (in) alsdann allerdings auch die Herren Generalsekretär Busch und Generalsekretär Dr. Bäumer gewählt worden. Als diese Herren in das Komitee eintraten, war die Verteilung der Geldmittel auf dem Papier bereits vorgenommen. Wir stellen fest, daß aus diesen Geldmitteln auch die nationalliberale Fraktion ihren Anteil erhalten hat.“

Diese Erklärung der „Deutschen Volkswirtschaftlichen Korrespondenz“, des damaligen offiziellen Organs der Großindustrie, ist nach manchen Richtungen interessant. Die Erklärung erfolgte aus Anlaß einer feierlichen Bewahrung des damaligen nationalliberalen Abgeordneten Stresemann, daß weder er, noch sein Fraktionsgenosse Bassermann jemals Wahlsubsidien von den Scharfmachern bekommen hätten, und ihnen deshalb auch nicht mit der Entziehung solcher Gelder habe gedroht werden können. Die „D. V. K.“ widerlegte diese Angaben treffend und bündig.

Heute ist nun die Prüderie, die 1909 noch in solchen Geldangelegenheiten bestand, längst überwunden. Heute würde solche Widerlegung sich erübrigen. Die heutige nationalliberale Partei, die jetzt Deutsche Volkspartei firmiert, wird es nicht mehr für nötig halten, anstandslos die Annahme solcher Subventionen abzustreiten, sondern betrachtet es als das Natürliche und Gegebene, ihren Wahlfonds aus solchen Quellen speisen zu lassen. Und nicht nur die Deutsche Volkspartei allein. Während früher die Scheidelinie zwischen den Vorgängern der Deutschnationalen, den Konföderationen, und den damaligen Nationalliberalen scharf gezogen war, sind heute die Grenzen zwischen den beiden „Volksparteien“ völlig verwischt. „Zwei Seelen und ein Gedanke, zwei Herzen und ein Schlag“ kann man, was Arbeiterfeindschaft betrifft, mit gleichem Recht von beiden Parteien sagen. Der Wahlausruf des „Arbeitsausschusses deutschnationaler Industrieller“, unterzeichnet von den Herren Blohm, Borstig, Hugenberg, Dr. Reichert und Thyssen, kann in seinem Haß gegen alle nach bestehenden sozialen Errungenschaften der Arbeiterklasse von keinem Volksparteiler übertroffen werden.

Industrie und Agrariertum wissen, daß die kommenden Wahlen am 7. Dezember für sie eine Bedeutung haben, die weit hinaus geht über die aller früheren. Mit Einsetzung ihrer ungeheuren wirtschaftlichen und finanziellen Machtmittel suchen sie, unbelastet durch irgendwelche Skrupel, die Entscheidung für sich günstig zu gestalten und mit der Herrschaft der Wirtschaft über den Staat zugleich die Unternehmerrückkehr über die Arbeiter aufzurichten.

Allen diesen Anstrengungen hat die Arbeiterklasse, haben die anderen besitzlosen Klassen des Volkes nichts entgegenzusetzen als den Wahlzettel. Mit dieser Waffe aber sind sie in der Lage, einen Damm aufzurichten, über den die Rechtsparteien nicht hinwegkönnen. Die arbeitenden und besitzlosen Klassen üben die große Mehrheit der deutschen Wähler. Machen diese am 7. Dezember von der Waffe des Stimmzettels den richtigen Gebrauch, schicken sie eine ausschlaggebende sozialdemokratische Fraktion in den Reichstag, dann werden alle Anstrengungen unserer vereinigten Gegner in nichts zerfließen. Arbeiter, denkt an das Wort von Karl Marx: „Der Stimmzettel in der Hand eines politischen reifen Volkes wird aus einem Mittel der Prostitution zu einem Mittel der Befreiung.“ Wählt am 7. Dezember sozialdemokratisch!

Am Ende ihres Lateins.

Die Dolchstoßlegende wird wieder aufgewärmt.

Die Deutschnationalen haben Pech mit ihren Wahlbomben. Eine nach der anderen haben sie in den Wahlkampf geworfen, und alle haben ihre Wirkung verfehlt. Sie wurden sofort als plumpe Wahlmasche erkannt und haben deshalb der Angriffsreihe mehr als den Angegriffenen geschadet. Das Trommelfeuer gegen den Reichspräsidenten mußte vorzeitig eingestellt werden, weil sich die Reichsregierung schützend vor den Vertreter des Reiches stellte und die Infamie der Verleumdung gebührend geißelte. Im Fall Rathjens holten sich die Deutschnationalen eine Blamage nach der anderen, und es endete damit, daß der General, der selbst den Deutschnationalen nahesteht, von der Partei öffentlich abzurücken mußte. Die Bombe vom Herriotischen Memorandum wurde schon als dreifacher Schwindel entlarvt, bevor man sie platzen ließ, und so haben die Deutschnationalen bereits heute, eine Woche vor der Entscheidungsschlacht, ihre Munition verpulvert, ohne eine Wirkung zu erzielen.

Nichts kennzeichnet die Verlegenheit der Deutschnationalen besser als der Versuch, die Dolchstoßlegende wieder aufzuwärmen. Die Deutschnationalen selbst waren es, die am Jahrestag der Marne Schlacht, am 9. September, mit der Legende endgültig aufräumten. Damals brachte die „Kreuzzeitung“ einen Gedankensatz des Majors a. D. v. Eberhardt, in dem unter dem Leitpruch: „Siegen mußten wir, — sonst kam der Untergang“ ausgeführt wurde:

Der 9. September 1914 brachte den Umschwung, von dem sich das deutsche Heer — trotz großer Verluste und Erfolge — nicht wieder erholen sollte. Er brachte, wie Oberstleutnant Müller-Loebnitz seine treffliche Eingekerkerte über die Marne Schlacht nennt, den Wendepunkt des Weltkrieges. —

Am 9. September 1914 kamen die gefährlichsten deutschen Armeen zum erstenmal zum Stehen und wichen vor den französisch-englischen Truppen zurück. Den Deutschen war der Nimbus genommen. Der Franzose erhielt zu seiner patriotischen Begeisterung das, was ihm noch gefehlt hatte, — das Erbfeindvertrauen.

Auch von Montmorency-Mareuil geht eine neue Epoche der Weltgeschichte aus. Der „Lokal-Anzeiger“ ließ Müller-Loebnitz selbst zu Worte kommen, indem er die Revital seiner Schrift zum Abdruck brachte, der mit den Worten schließt:

Das war unser Schicksal! Was danach kam, die heldenhafte Anstrengung des deutschen Volkes, das so wichtige Ringen Hindenburgs und Ludendorffs, der ganze vierjährige Titanenkampf, es waren alles Versuche, das Marne Schicksal nachträglich zu wenden, die ursprüngliche Schicksals-Idee wieder aufzunehmen. Auch diese Versuche sind an der Marne gescheitert, als im Juli 1918 nach dem heftigsten Übergang bei Dormans die 7. Armee vor der feindlichen Uebermacht den Rückzug antreten mußte. Auch für die Marne gilt das inhaltschwere Wort des Dichters: Was du von der Minute ausgeschlagen, bringt keine Ewigkeit zurück!

Nach diesem klaren Eingeständnis von der Haltlosigkeit der Dolchstoßlegende wagte die deutschnationale Presse bis auf den heutigen Tag nicht wieder von ihr Gebrauch zu machen. Der Mangel an Munition muß in deutschnationalen Lager geradezu katastrophal sein, wenn sich die Presse, die der Legende das Genid gebrochen hat, sich ihrer jetzt wieder zu Wahlmanövern bedient. Sie greift zu diesem Zweck auf die Darstellung eines Majors a. D. Erich Otto Voltmann „Der Marxismus und das deutsche Heer im Weltkrieg“ zurück, deren Verfasser im Vorwort zugeben muß, daß seine Arbeit „weder Anspruch auf Vollständigkeit noch auf absolute Richtigkeit“ erhebe. Ein netter Gewährsmann, aber eben deshalb von den Deutschnationalen für würdig befunden!

Es gehört der Mut der Verweigerung dazu, ein Märchen, das man am 9. September selbst als solches bezeichnet hat, am 1. Dezember wieder als geschichtliche Tatsache aufzuweisen. Die Deutschnationalen hoben ihre Gründe. Ist ihnen am 9. September das Geständnis entzückt, daß der Weltkrieg für Deutschland schon mit der Marne Schlacht verloren war, so wird demnächst auch vor aller Welt klargelegt werden, was von dem Talent der deutschen Heeresleitung im übrigen Teil des Krieges zu halten ist. Professor Hans Delbrück, Mitglied des Ausschusses zur Untersuchung der Kriegsschuld und des Kriegsniederlage, deutete in einer Rede, die er in einer demokratischen Versammlung am Sonntag hielt, die Veröffentlichung der Protokolle des Ausschusses an. Er machte Ludendorff und Tirpitz für den unglücklichen Ausgang in allererster Linie verantwortlich und kennzeichnete sein Urteil in kurzen Umrissen folgendermaßen:

Wenn sich in einem Teil des deutschen Volkes noch die Meinung hielt, General Ludendorff sei vielleicht ein schlechter Bolshewik, aber doch ein großer Feldherr, so wird auch das bald öffentlich als falsch nachgewiesen sein. Von Soldaten sei nicht die Rede, aber es Feldherr hat sich Ludendorff nicht bewährt. Wir haben den Krieg nicht in letzter Linie verloren durch die Unfähigkeit dieses Feldherrn. Fehler haben auch andere gemacht. Aber hier geschah mehr. Nicht nur Ludendorffs Plan zur großen Sommeroffensive 1918 — die unsere letzte Rettung sein sollte — war schlecht angelegt, es hat dem General auch die Hauptverantwortung jedes Feldherrn, an die allein bei Ludendorff noch viele glauben, die Festigkeit zur Durchführung, gefehlt. Und nachdem der Krieg mit dem Verlust jener Offensive endgültig verloren war, hat Ludendorff

Das Allerwichtigste veräumt: der Reichsleitung volle Klarheit zu geben. Am 3. August war die Niederlage entschieden. Am 14. August fand ein Kriegsrat statt, in dem nach Ludendorffs Behauptung die Reichsleitung völlig aufgeklärt worden sei. Diese Behauptung aber ist nicht wahr! Die Regierung hatte keine Ahnung gehabt wie schlecht es stand. Wir wissen nun, wie Ludendorff von der nicht aufgeklärten Regierung am 28. September urplötzlich innerhalb 24 Stunden einen sofortigen Waffenstillstand verlangte. Und trotz des fast verzweifelten Widerstandes des Reichskanzlers Prinz Max von Baden hat Ludendorff diesen Waffenstillstand durchgesetzt. Hier zeigte er, was ihm am richtigen Plage fehlte, zum ersten Male Festigkeit: in der Niederlage. Wir wissen ferner, und Ludendorffs späteres Verhalten hat es gezeigt, daß dieses plötzliche Aufgeben der weißen Kapitulationsflagge noch nicht nötig gewesen wäre.

Die Konsequenzen, die sich aus dieser historischen Erkenntnis ergeben, sind klar, und Professor Delbrück hat nicht verabsäumt, sie zu ziehen. Er empfahl, obwohl er sich selbst als nicht zur demokratischen Partei gehörig bezeichnete, demokratisch zu wählen.

Das ist es aber gerade, was die Deutschnationalen vor Angst jede Fassung verlieren läßt. Sie wissen nur zu genau, daß es mit ihrer Herrlichkeit aus ist, wenn sich die Erkenntnis der Wahrheit Bahn bricht, und so holen sie denn die Dolchstoßlehre wieder aus der Schublade hervor und bezeichnen Delbrück als Wahllügner.

Es mag den Fachgelehrten überlassen bleiben, zu entscheiden, wer die größere Autorität auf dem Gebiet der Kriegswissenschaft und der Geschichtsforschung ist, Major a. D. Boltmann oder Professor Hans Delbrück. Der Wähler aber mag sich noch einmal ernstlich die Frage vorlegen, ob jedermann Pflicht ist, dafür zu sorgen, daß eine Partei in derart dreister und gewissenloser Weise ihren politischen Kampf auf Schwindel aufbaut, die Antwort erhält, die sie verdient.

Was hat uns Schwarz-Weiß-Rot gebracht? „Total-Anzeiger“ und „Kreuzzeitung“ haben die Antwort darauf am 9. September selbst gegeben. Professor Delbrück bestätigt die Antwort aufs Neue.

Was würde uns Schwarz-Weiß-Rot bringen? Die erbärmlichen Schwindeleien der Deutschnationalen und ihr Eintreten für Tirpitz und Ludendorff geben eine eindeutige Antwort darauf.

Also fort mit Schwarz-Weiß-Rot! Es bleibt bei Schwarz-Rot-Gold! Machtendlich einen dicken Schlussstrich unter die Rechnung!

Goldene Wahrheiten.

Arbeiter als „Fabrikantenstimmvieh“.

Vor uns liegt ein vergilbtes Flugblatt, in dem wir prächtige Wahrheiten finden, die auch in unseren Tagen noch wert sind, von jedermann gelesen zu werden. Das Flugblatt nimmt Bezug darauf, daß von den Scharfmachern der Industrie der damals von den Sozialdemokraten als Uebergangsmahnahme geforderte zehnstündige Maximalarbeitszeit verhindert wurde und fragt:

„Wer war es denn, der in einer Fraktionsführung der Nationalliberalen im Reichstag verhindert hat, daß diese Fraktion sich dem zehnstündigen Maximalarbeitszeit freundlich gegenüberstellte? Das war Herr Bahn, der Kommerzienrat, der in öffentlicher Sitzung der Handelskammer, deren Vorsitz über er ist, sich gerühmt hat, daß er die Nationalliberalen abgehalten habe, für den zehnstündigen Tag zu stimmen.“

Die gleiche Handelskammer, deren Vorsitzender der nationalliberale Kommerzienrat und Reichstagsabgeordneter war, hatte sich in einer ähnlichen Äußerung über die Sonntagsruhe im Schiffergewerbe folgendermaßen geäußert:

„Schon heute ist das moralische Niveau der Schiffsleute ein sehr niedriges. Die Sonntagsruhe würde einzig und

allein benutzt werden, um Anklagen aufzusehen und ein niedersüchtiges Leben zu führen, welches die Leute auch am Montag zur Arbeit mehr oder minder untauglich machen würde.“

Zu dieser nationalliberalen Bosheit äußert sich das Flugblatt mit berechtigter Entrüstung:

„So spottet diese Gesellschaft über Arbeiterinteressen, wenn sie unehrlich ist und glaubt, ein Arbeiter höre sie nicht. Es ist doch nicht so übel doch es sozialdemokratische Schriftsteller und „Liberale“ gibt, die auch Handelskammerberichte zu lesen pflegen. Nun hört die Arbeitermasse, wie diese Herren über ihren Dursch nach Zucht, nach Aufruh, nach Kultur und Familienleben denken. Säuferphantasien! Das ist das einzige, was diese Herren für das Streben der Arbeiterklasse übrig haben.“

Aber das Flugblatt wird noch deutlicher gegen die Heberpatrioten. Es wendet sich gegen die damaligen Sedanfeiernden.

„... Die mit Bier und Schnaps sich patriotisch erheben, um die Taten der Väter zu feiern, die dadurch aber heute noch alljährlich von neuem den Franzosen Anlaß geben, alter Wunden zu gedenken und damit die

so bitter nötige deutsch-französische Annäherung vereiteln

und hintertreiben. Wer sein Vaterland wirklich liebt, sorgt in diesen ersten Zeiten dafür, daß aller Anlaß zu Versäumnissen zwischen Frankreich und uns verschwinde. Diese „patriotische“ Gesellschaft aber braucht das „Erbfeind“ und „Kriegsgeschrei“, um Arbeiter und keine Leute als nationalberaubtes Fabrikantenstimmvieh zu tädern.“

Nicht wahr, das ist deutlich gesprochen und kann in jedem Sahe noch heute unterstrichen werden, trotzdem das Flugblatt aus dem Anfang des Jahres 1907 stammt. Sein Verfasser war aber niemand anderes als — Dr. Max Maurenbrecher, damaliger sozialdemokratischer Reichstagskandidat, heutiger Wahlwerber für die Ludendorffsche Kriegspartei!

Die Deutschnationalen sind, wie aus ihrer Presse hervorgeht, untröstlich darüber, daß Maurenbrecher jetzt sogar die „Fraktion Halb und Halb“ im Stich gelassen hat und zu den ganz Böktischen übergeschwenkt ist. Wir beschäftigen uns gern mit seinen politischen Äußerungen, die noch aus einer besseren Zeit stammen. Damals hatte er noch ehrliche Entrüstung über die Fabrikanten- und Kriegspartei, wie er als Historiker damals auch noch der Wahrheit über die Hohenzollern Ausdruck gab. Den heutigen Maurenbrecher freilich schenken wir gern zur Hälfte dem Tirpitz, zur anderen dem Ludendorff. Mögen sie selig mit ihm werden!

Republikanertag in Ostwestfalen.

Der deutschen Zwietracht mitten ins Herz!

Bielefeld, 2. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Eine große republikanische Kundgebung fand am Sonntag für das östliche Westfalen in der Stadt Herford anlässlich der Bannerweihe des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold statt. Schon am Sonnabend begannen die republikanischen Versammlungen in der reichlich mit republikanischen Fahnen geschmückten Stadt.

Der Hauptteil des Festes am Sonntag bestand in dem prächtigen Umzug von 300 Reichsbannertruppen mit vielen Fahnen und die Weihe des Herforder Banners vor dem Rathaus. Hier fanden sich gedrängt zehntausend Menschen. Als erster sprach:

Minister des Innern Seering:

Er sagte u. a.: Unsere republikanischen Fahnen tragen wir nicht als Schwand, sondern sie sind für uns und für unser Vaterland Symbol. Wir müssen sie tragen, wir ändern sie schänden. Unser Reichsbanner ist keine Angriffsarmee, denn alle, die im Reichsbanner sind, sind auch Friedensfreunde. Aber die Friedensfreundlichkeit der Republikaner ist schändlich mißbraucht worden. Wir haben keine Schwärmer mehr — wir sollten auch keine Pappschwärmer im Munde führen. Mit der Geduld und der Toleranz der Republikaner haben die anderen, die sogenannten vaterländischen Verbände Schindluder getrieben. Es ist nun in der letzten Revolution gezeigt worden, daß es noch eine Republik gibt, und die Parole für die Zukunft heißt:

Platz der Republik und Platz der Republikaner!

für Partei und Gewerkschaft? Und wie man dann glaubte, es müsse besser werden, da sind es die eigenen Genossen, die einem ins Gesicht legen und sagen, daß alles Schwindel ist. Und daß man aus den Gewerkschaften herausgehen soll und daß es Unfug ist, einen Reichstags zu wählen und daß wir nur auf der Straße unser Recht bekommen. Da — und er riß ein Bild aus der Tasche — das ist mein Junge, den sie mir auf der Straße erschossen haben, und da — dabei öffnete er seine Weste und zeigte mir eine tiefe Narbe, die ihm quer über die Brust lief — das habe ich mir mitgebracht. Wofür, ja, wofür? Und nun, wo wir die Gewerkschaften bald kaputt hatten und an den Reichstags leiner mehr glaubt, schickt man uns wieder Parolen über Parolen auf den Hals: hinein in die Gewerkschaft. Nur die Organisation aller Schaffenden kann uns retten. Wählt Genossen in den Reichstag! Verteidigt eure Betriebsräte! Als ob man das nicht alles billiger hätte haben können, wenn man uns nicht erst irregemacht hätte mit all den Parolen von Weltrevolution und Verräterparlament und so weiter und so weiter.“

Unterdes waren wir bis dicht vor den Saal gekommen, in den wir die Arbeiter in Massen hereinströmen sahen.

„Na, komm mit hinein, vielleicht gibt's doch wieder Mut, einen unserer Genossen über all das reden zu hören.“

„Wer spricht denn?“ fragte der Alte, und ich nannte ihn den Namen eines alten Genossen. „Weißt du, es ist einer von denen, die nie auf die Gewerkschaften schimpfen und der sie darum für nicht in den Himmel zu heben braucht. Und das Betriebsrätegesetz hat er nie vollkommen genannt, aber er mußte und sagte schon immer, daß es besser als gar nichts sei, und wir es darum schützen müssen.“

Ein Mann in Arbeiterkleidung, dessen Schlafmütze und Ausdruck jedoch den gewesenen Offizier verrieten, drückte uns einen Zettel in die Hand. „Deutschlands Befreiung“ stand darauf und eine lange Reihe von Schimpfwörtern gegen die Vertreter der Arbeiterklasse, und daß nur ein starkes Heer und Disziplin uns befreien könne. Und daß es Arbeitslose nur gäbe, weil die Sozialdemokratie die Morde des Volkes untergraben hätte, das die Freude an der Arbeit verloren hätte.

„Das ist denn doch zu stark!“ rief der Alte, der eben im Begriff stand, das Heer der Arbeitslosen gegen seinen Willen zu vermehren, obwohl es ihm längst zu grollen war, daß er etwas Ruhe bekäme, und es sah aus, als ob er den Zettelverbreiter mit seinem Stode vom Plage jagen wolle. Doch der hatte sich längst entfernt.

Dann sagte der Alte: „Ich glaube, es ist doch noch nötig, auf dem Posten zu sein, wenn es nicht noch schlimmer werden soll, als es ohnehin schon ist. Aber das sage ich dir, wer in den Reichstag will, um Füssenkonzert mit Rindortrompetenbegleitung zu veranstalten, kriegt meine Stimme nicht wieder!“

Und wir gingen beide in die Versammlung.

Meine Vaterstadt war früher die Stadt der Sticker und der Hammerstein, die Stadt der Junker und der Reaktionäre. Wie anders heute! Wie anders wirkt dies Zeichen auf mich ein. Heute ist Herford von der Demokratie, von den Republikanern erobert worden. Der Beweis, daß die Republikaner aber restlos siegen wollen, muß nicht nur am ersten, sondern am zweiten Adventsabend erbracht werden.

Unter stürmischem Beifall schloß der Minister mit den Worten: Wir überzeugten Republikaner sind gute Staatsbürger und dabei auch gute Weibbürger. Unser Ziel ist groß: Der Wiederaufbau Deutschlands auf friedlichem Wege. Einen Feind bekämpfen wir: die deutsche Zwietracht. Und wie Gerhart Hauptmann einen seiner Helden sagen läßt: „Der deutschen Zwietracht mitten ins Herz!“ so wird auch das Reichsbanner sagen:

„Der deutschen Zwietracht mitten ins Herz!“

Seering schloß mit einem dreifachen Hoch auf das Vaterland und die Republik, das von den tausenden Zuhörern begeistert aufgenommen wurde.

Nachdem die Sänger Herfords das Lied „Wir sind der Sturm“ gesungen hatten, weihte das Banner von Herford der Abgesandte des Bundesvorstandes vom Reichsbanner, Postgelehrter Krüger-Roggeburg. Er überbrachte die Glückwünsche des Bundesvorstandes und hielt eine zündende Rede auf Republik und Schwarz-Rot-Gold. Als er auf die Gefallenen des Weltkrieges zu sprechen kam, spielte die Kapelle gedämpft „Ich hatt' einen Kameraden“, und alle Reichsbannerleute entblöhten das Haupt. Dann wurde mit Begeisterung die Bannerweihe vorgenommen und der Bezirk Ostwestfalen riefte sofort einen Fahnenzug. Dieser Fahnenzug wurde mit dem Schwur: Deutsche Republik, wir schwören Dir, letzter Tropfen Blutes soll Dir gehören, angeheftet. Die prächtige Kundgebung wurde mit der Abendung eines Begrüßungs- und Gedächtnisprogramms an den Reichspräsidenten Ebert geschlossen. Der Reichspräsident antwortete einige Stunden später telegraphisch und bedankte sich für die Grüße des Reichsbanners.

Bayerische Angst.

Man muß doch wissen, daß auch dieses Spiel verspielt werden kann.

München, 2. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Seit Anfang November ist zwischen den bayerischen Monarchisten der schärfste Kampf entbrannt. Die ersteren stehen unter der Führung des gegenwärtigen Ministerpräsidenten Dr. Held und müssen sich von ihren Begnern fast täglich vorwerfen lassen, daß sie nur Totm-Monarchisten seien und im Ernst gar nicht an die Wiederaufrichtung der Monarchie in Bayern denken. Dazu schreibt am Montag nun das Blatt des Ministerpräsidenten, der „Regensburger Anzeiger“, folgendes:

„Die pettische Bewegung, die sich die monarchistische in Bayern nennt, müßte keine deutsche politische Bewegung sein, wenn sich mit der Zeit nicht Kräfte in ihr geltend machen würden, die durch Anzettelung eines Richtungsstreites die Gesundheit der Bewegung schädigen. In solche Gefahr droht die monarchistische Bewegung in Bayern durch jene Leute gestürzt zu werden, die es für gut halten, Rehergerichte über diejenigen aufzurichten, die aus ihrem politischen Missions und aus Verantwortungsbewußtsein für den Staat heraus vor bestehenden Gefahren warnen. Die soziologische Situation in Bayern bedeutet auch für den monarchischen Gedanken eine gewisse Gefahr. Darum gilt es, den monarchischen Gedanken nicht nur mit reinen, sondern auch mit klugen Händen über die Krise hinwegzutragen. Diese Krise besteht darin, daß eine gewisse Infektionsgefahr besteht, von der die Königsbewegung in Bayern unter keinen Umständen ergriffen werden darf. Denn so stark der Königsgedanke im bayerischen Volk wurzelt, man muß doch wissen, daß auch dieses Spiel verspielt werden kann!“

Der Artikel des offiziellen bayerischen Blattes ist ein Beweis dafür, daß man sich auch in Bayern darüber im Klaren ist, in wie hohem Grade das weitere Schicksal der Monarchistenbewegung von dem Ausfall der Wahlen abhängt.

Drauf und dran, die Republik muß siegen!

Die Versammlung.

Von Erich Grisar.

In diesen Tagen war es, daß ich den Alben wiedertraf, der seit langem nicht über den Weg kam. Früher schon wir uns jeden Tag. Früh, wenn wir zur Fabrik, spät, wenn wir heimwärts gingen, und grüßten uns.

Er schien krank gewesen zu sein, denn noch jetzt lag etwas felsam Abgespanntes in seinen weißen Zügen.

„Guten Morgen, Alter“, rief ich ihm schon von weitem zu. „Wie geht's denn?“

„Könn' besser sein, aber es geht.“

Dann gingen wir nebeneinander weiter. Der Alte schwieg, und auch ich mußte nichts zu sagen.

Da fielen seine Augen auf ein großes Plakat. Große Volksversammlung, heute abend.

„Gehst du hin, Alter?“ fragte ich ihn.

„Ist ja doch alles Schwindel“, brummte er und schloß seinen Mund wieder zu dem Schweigen von vorher.

Wir aber ließ es keine Ruhe, herauszubekommen, was die Ursache dieses Umsehens in dem Alben war, von dem ich wußte, daß er vor dem jedes Schlagwort stundenlang mit seinen Kollegen disputierte und daß er keinem Vorgesetzten schon manche bissige, gepfefferte Antwort gegeben hatte. Aber ich fand die Worte nicht sein Erlebnis aus ihm herauszulocken. Die Sirene der Fabrik, an der wir bald anfangen, trennte uns. Doch den ganzen Tag zergrübelte ich mir den Kopf darüber, was mit diesem Alben vorgegangen sein konnte, daß er so mißgestimmt geworden. Nach Feierabend erwartete ich ihn.

Jetzt schien er mir gesprächiger. Jergendein Erlebnis schien ihn aufgeregt zu haben, und doch machte er keinen Herzen Luft.

„Da lies den Bich! Dafür hat man dreißig Jahre seine Knochen hergetrieben. Nun ist man mal krank gewesen und kaum, daß man halb wieder in der Reihe ist. Schleppt man sich her, um sich das zu holen!“ Dabei gab er mir den Zettel, auf dem geschrieben war, daß der Maschinenarbeiter Junbos mit kommender Woche gelübt sei.

„Weil meine Stelle besetzt ist. Rein, wolle ich ihnen zu sit geworden bin und meine Last habe, mich hochzuhalten in der Knochenmühle.“

Und wieder kamen wir an dem Plakat vorbei: „Die Arbeiterschaft und die kommenden Wahlen.“ Sprach in fettergedruckter Schrift uns ins Gesicht. Wir schrien es, als ob kein Hund zu einem Lachen sich verzehe.

Wir und die Wahlen! hal! hal! Wenn man nicht sein Leben lang dahinter gestanden hätte, daß ein jeder kein Wahlrecht hat und wählt und daß es einmal besser sollte werden, man tät' noch den jauben. Haben wir nicht Karten gekauft und geschafft und geredet

Buccini über deutsche Musik. Buccini ist mehrfach in Deutschland gewesen zuerst 1897, als seine Oper „Bohème“ ihre deutsche Uraufführung an der Berliner Oper erleben sollte. Der damalige Generalintendant Graf Hachberg fand aber den Inhalt nicht „höflich“ und broche das Werk in der Nachsaison bei Kroll heraus. Später freilich hat auch die Hofoper an diesem „Jugendverlebens“ keinen Anstoß genommen. Kurz vor dem Kriege war Buccini zu der Aufführung seiner Oper „Das Mädchen aus dem goldenen Westen“ in Berlin und hat sich damals längere Zeit in Deutschland aufgehalten. Der Meister ist stets ein großer Verehrer der deutschen Musik gewesen. „Ich bin mir klar darüber“, schrieb er einmal, „daß ich die Brücke von Italien nach Deutschland nicht so leicht gefunden hätte, wenn meine Musik nicht Elemente enthielte, die dem deutschen Wesen verwandt sind. Wie einst die Kunst der nördlichen Völker bei den Italienern in die Schule gegangen ist, so brauchen wir Italiener uns nicht des Gedankens zu schämen, daß die späteren deutschen Meister Beethoven, Mozart und besonders Richard Wagner für uns starke erzieherische Kräfte geworden sind.“ Von Wagners Werken verehrte Buccini besonders die „Meistersinger“ und den „Parsifal“, und er hat gelegentlich gesagt, daß vielleicht andere seiner Musikdramen von der Bühne verschwinden könnten, daß diese beiden aber die Unsterblichkeit in sich tragen. Unter den deutschen Opernkomponisten seiner Zeit liebte er am meisten Humperdinck, interessierte sich auch lebhaft für die Werke von Richard Strauß, für deren Einbürgerung auf der italienischen Bühne er eintrat. Aber auch Künstler aus anderen Gebieten entzogen nicht seiner Aufmerksamkeit. Vor allem hat mich Max Reinhardt gefesselt, legte er 1913 über seine Berliner Entwürfe. „Ich als Spielleiter eines Musikdramas zu sehen, das muß jedes Komponisten höchste Sehnsucht sein. Wenn ich zum Schluß noch eine Schwärzerkunst grüßen darf, so möchte ich der deutschen Literatur meine Verehrung darbringen. Hoch schätze ich Gerhart Hauptmann, die Himmel schreit keines „Hannele“ hat mich tief ergriffen. Ich möchte wohl der Musiker sein, der einmal die reinen, edlen Lüne findet, die dieser laulieren und innigen Dichtung entsprechen.“

Die erste Lamin-Beobachtungsstation. Am Lamischbachturm im Gefäße in Eisermart ist von den österreichischen Bundesbahnen in 1350 Meter Höhe die erste Station erbaut worden, die die Entschneidung von Laminen beobachten soll. Die Station ist wie Dr. Dragler in der „Anschau“ mitteilt, mit Beobachtungsinstrumenten und Schneepögel gut ausgerüstet; sie befindet sich an einer wegen ihrer Lawinengefahr besonders gefährdeten Stelle. Die Beobachtungen werden durch Kabelleitung an die Talstation Hestau weitergeleitet und von dort der Zentral-Beobachtungsstation in Wien gemeldet. Wenn Gefahr droht kann der Bahnverkehr in den gefährdeten Gebieten eingestellt werden. Man wird dann Verlosch machen, durch Ablassen von Teillaminen größeren Schaden zu verhüten.

Volksbühne. Als Weihnachtsgabe bringt die Volksbühne im Theater am Blomplatz das indische Märchen „Salmal“, in der Regie von Prof. Paul Schneider, in der Inszenierung von Paul Gendels zur Uraufführung.

Die Fälscher melden sich. Deutschnationale Schulbekenntnisse.

Einige demokratische Blätter sind auf den Einfall gekommen, die Vermutung auszusprechen, als ob das sogenannte „Memorandum Herrliot“ in einer kommunistischen Fälscherzentrale hergestellt und von den Deutschnationalen lediglich benützt worden sei. Ein solches Hand-in-Hand-Arbeiten wäre zwar nicht ganz ausgeschlossen, erscheint aber doch höchst unwahrscheinlich.

Vor allem haben die Blätter, die diese Vermutung ausgesprochen, übersehen, daß die „Deutsche Zeitung“ selber mitgeteilt hat, sie sei bereits seit langem im Besitze des von ihr als echt ausgegebenen „Materials“. Um aber allen Zweifel auszuscheiden, weist sie jetzt auch die Pressestelle der Deutschnationalen Partei, um in einer langen Polemik nachzuweisen, daß an der ganzen Erfindung nur die Deutschnationalen ein Interesse haben. Diese Pressestelle beschränkt sich darüber, daß „öffentliche Stellen“ in Deutschland die Richtigkeit des Memorandums oder auch nur seine Wahrscheinlichkeit bestritten. Ganz neu erklärt die Pressestelle, die deutsche Regierung sei ja gar nicht angegriffen, sondern nur die Demokraten, und der Reichsaussenminister Stresemann hätte doch gar kein Interesse daran, sich schuldig vor die Demokraten zu stellen!

Das heißt mit dürren Worten: Die Deutschnationalen hatten die Absicht, die demokratischen und friedensfreundlichen Kräfte in Deutschland in schmutziger Weise zu verdächtigen. Zu diesem Zweck war ihnen die Fälschung und ihre Auswertung im Wahlkampf gerade gut genug. Es heißt die Aufmerksamkeit von den wirklichen Zusammenhängen abzulenken, wenn man aus der Tatsache, daß der Urtext der Fälschung in russischer Sprache vorliegt, auf kommunistische Urheberchaft schließt. Es muß festgehalten werden, daß sowohl die Urheber als die Ruhnieder der Fälschung im deutschnationalen Lager sitzen. Sie selber machen nicht einmal den Versuch, sich von dem Vorwurf der Fälschung reinzuwaschen, sondern behaupten nur noch immer heuchlerischerweise, daß sie an die Echtheit des von ihnen selbst erfundenen „Memorandum“ glauben. Ertrappe Verbrecher pflegen von dem „großen Unbekannten“ zu reden. Auch die Deutschnationalen sprechen von ihm.

Deutschnationale Mittelmänner.

Zu der Angelegenheit des angeblichen Memorandum Herrliot nimmt auch das Abendblatt „Die Republik“ Stellung, der die Fälschung zuerst angeboten worden war. Das Blatt stellt fest, daß sich schon am 14. November „eine bestimmte, den reaktionären Zentralstellen sehr dienstbare Persönlichkeit“ an den Herausgeber der „Republik“ wandte, um das „Dokument“ auf diesem Wege in die Öffentlichkeit zu lancieren, und dabei verriet, das Schriftstück sei in russischer Sprache abgefaßt, um „die Spur zu verwischen“.

Bei den Deutschnationalen rechnete man offensichtlich damit, daß man in demokratischen Kreisen ebenso korrupt und dumm ist wie in deutschnationalen. Das stimmt nun allerdings nicht. Deutschnationales Pech!

Zausüberei gegen die Reichsfarben.

Dr. Winkler und „Lokal-Anzeiger“.

Ueber den Zausubetrieb der Schwarzweißrotten, die Farben des Reichs statt als Schwarzrotgold als Schwarzrot gelb zu bezeichnen, ist hier schon das Rätige gesagt worden. Es braucht nur noch hinzugefügt werden, daß sich auch der neue deutschnationale Parteivorsitzende Dr. Winkler in einer sonst nichtsagenden Erklärung, die die deutschnationale Presse am Dienstag morgen veröffentlicht, dieser kindischen Schmutzerei schuldig macht.

Der „Lokal-Anzeiger“ veröffentlicht einen Bericht über eine Rede Stresemanns in Breslau, worin er auch diesen Reichsminister statt von „Schwarzrotgold“ von „Schwarzrot gelb“ reden läßt. Das weitverbreitete Blatt scheint sich also nicht, auch Herrn Stresemann als einen jener Zausubetriebe erscheinen zu lassen, die mit den verfassungsmäßigen Reichsfarben Waden Spatz treiben. Aus dem Bericht des im gleichen Verlag erscheinenden „Tag“, der offenbar aus derselben Quelle stammt, geht indes hervor, daß Herr Stresemann tatsächlich die korrekte Bezeichnung für die Reichsfarben gebraucht hat. Der Zausubetrieb in diesem Fall also nicht der Redner, sondern der „Lokal-Anzeiger“-Redakteur, der den Bericht zu seinen Zwecken gefälscht hat.

Es ist abzumachen, was Herr Stresemann tun wird, um sich gegen diesen Unfug zu wehren.

Von der schwarzweißroten Sudelfront.

Amlich wird mitgeteilt:

Der preussische Minister des Innern hat die Zeitschrift „Der Jungdeutsche“, die in Kassa als offizielles Organ des Jungdeutschen Ordens erscheint, für die Zeit vom 2. bis 15. Dezember einschließend verboten. Die Zeitschrift hat in ihrer Ausgabe vom 25. November einen Wahlausruf des Jungdeutschen Ordens, unterzeichnet von dem Hochmeister Marau, gebracht, der besonders beachtliche Beschimpfungen und Verächtlichmachungen der verfassungsmäßig festgestellten republikanischen Staatsform enthält.

Die in Stuttgart erscheinende „Mitteldeutsche Presse“ hat in zwei Artikeln wüste Beschimpfungen gegen die republikanische Staatsform und gegen den preussischen Innenminister gerichtet. Vom Staatsgerichtshof wurde nie anders als von einer „republikanischen Witzgeburt“ gesprochen und vom preussischen Innenminister im Zusammenhang mit dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold nur als dem „Bater einer Mörderbande“. Der Oberpräsident der Provinz Sachsen hat gegen den verantwortlichen Schriftleiter des Blattes die Einleitung eines Strafverfahrens wegen Verleumdung und Beschimpfung republikanischer Staatseinrichtungen veranlaßt. Der Schriftleiter des Blattes ist übrigens schon mehrfach wegen seiner jedes Maß überschreitenden Schimpfsartikel gerichtlich zu hohen Strafen verurteilt worden.

Die Fortbildungszuschüsse der Junglehrer.

Amlich wird gemeldet:

In den Kreisen der Junglehrer und Junglehrerinnen wird es begrüßt werden, daß für die noch nicht an öffentlichen Schulen beschäftigten Schulamtsbewerber und Bewerberinnen nunmehr nach Abschluß der Verhandlungen zwischen dem Aufwirtsministerium und dem Finanzministerium Fortbildungszuschüsse zur Verfügung gestellt werden, damit eine den Bedarf entsprechende Zahl von Junglehrern und -lehrerinnen, die nach der Erfüllung aus dem Seminar die Führung mit dem erwählten Lehrerberuf verloren hatten, sich auf ihren demnächstigen Eintritt in den Schuldienst wieder vorbereiten können. Diese Hilfsmittel, die ebenso sehr im Interesse der Schule wie der Schulamtsbewerber sind, werden bereits zum 1. Januar 1923 zur Durchführung gelangen.

Die Bezirksregierungen werden in Kürze die dazu erforderlichen Anweisungen des Unterrichtsministers erhalten.

Antisemit Stresemann.

Sakentkrenzjünglinge beschützen seine Versammlung.

Die Deutsche Volkspartei entwickelt sich immer eindeutiger nach rechts. Neuerdings läßt sich sogar ihr großer Führer Stresemann von antisemitischen Sakentkrenzjünglingen seine Versammlungen übergeben, trotzdem er selber wegen seiner Familienbeziehungen lange genug durch die antisemitische Gasse gezerrt worden ist. Ueber die Versammlung, die die Deutsche Volkspartei am letzten Sonnabend im Großen Schauspielhaus zu Berlin abhielt und in der Stresemann höchstselbst eine seiner schwungvollen Reden halten durfte, erzählt das „Berliner Tageblatt“ folgende erbauliche Geschichte:

In dieser von den Volksparteilern organisierten Versammlung gab es einen Aufmarsch schwarzweißroter Fahnen. Die Eingänge zum Großen Schauspielhaus aber waren von Angehörigen des „Berwolf“ und des „Stahlhelm“-Verbandes in ihren Uniformen bewacht. Neben anderen Abzeichen sah man an den Toren einzelner dieser von der Deutschen Volkspartei angeworbenen Leibgarabillen auch das Sakentkrenz. Diese Schutzwache der Deutschen Volkspartei wies an den Türen, hinter denen Herr Dr. Stresemann, Reichsaussenminister der deutschen Republik, sprechen sollte, diejenige Personen zurück, die ihr ein „jüdisches“ Aussehen zu haben schienen oder sonstige verdächtig waren. Als ein Vertreter des „Berliner Tageblattes“ der Versammlung beizuhören wollte, um darüber zu berichten, wurde ihm erklärt, einem Mitarbeiter des „Berliner Tageblattes“, und obendrein einem Juden, werde der Zutritt zu dieser Versammlung der Deutschen Volkspartei nicht gestattet. Unser Vertreter, der seine Aufgabe, einen sachlichen Bericht zu liefern, erfüllen wollte, machte an einem anderen Eingang des Großen Schauspielhauses einen neuen Versuch. Dort wurde er von den Wahlhelfern des Herrn Stresemann und der Deutschen Volkspartei am Arm gepackt und unter dem Rufe „Schmeißt den Juden raus!“ fortgeschoben. Nebenbei sei bemerkt, daß die Burken einen konfessionellen Jertum begingen, denn unser so behandelter Mitarbeiter ist Katholik.

Es ist nützlich, wenn die Wählerschaft rechtzeitig erfährt, welche glorreiche Entwicklung die Partei des republikanischen Außenministers nimmt. Nicht genug, daß sie sich demonstrativ gegen die Farben der Republik erklärt, sie macht sich jetzt sogar die völkischen Methoden zu eigen, nachdem die völkische Partei am Zusammenbruch ist. Es entspricht nur der logischen Entwicklung der Dinge, daß die Volkspartei durch Antisemitismus auch ihren eigenen Zusammenbruch vorarbeitet.

Gestohlene Wahlpropaganda.

Die KPD. macht Zwangsanleihe bei der Sozialdemokratie

Der kommunistischen Agitation ist der Geist ausgegangen. Sie kann ihre Propaganda gegen die Sozialdemokratie nur noch führen, indem sie bei der von ihr bekämpften Partei geistige Zwangsanleihen macht, was man auf deutsch liberalischen Diebstahl nennt.

Die heutige „Rote Fahne“ enthält einen „republikanischen Wahlfilm“ in zwölf Bildern, deren Unterschriften sich ausschließlich gegen die Sozialdemokratie richten. Betrachtet man die Bilder genau, so bemerkt man, daß ein großer Teil von ihnen aus dem goldenen Wähler-ABC gestohlen ist, das die Sozialdemokratie bei den Reichswahlen herausgab. Der kommunistische Plagiator von Zeichner hat sich dabei nicht gescheut, die von ihm gestohlenen Abteilungszeichnungen mit seinem eigenen — wohl absichtlich sehr undeutlich gehaltenen — Signum zu versehen.

Tebenfalls ist dieser Diebstahl für die Geistesarmut der KPD. bezeichnend!

Dame Justitia.

Was bei preussischen Gerichten möglich ist.

Aus Vorpommern wird uns geschrieben:

Eines Tages ging der Landrat Bälou aus Franzburg zusammen mit einem anderen Herrn durch die Badenstraße in Stralsund. Vor ihnen ein anderes Paar, kräftige, deutsche Männer. Und kräftige deutsche Worte kamen aus dem Munde des einen, so laut, daß Bälou sie hören mußte. „Der Landrat Brauns, der Schutz, hat das auch unterschrieben“ und auf eine Bemerkung des anderen: „Ja, das ist auch ein Schutz“. Der Landrat Bälou tat selbstverständlich seine Pflicht. Er machte diese Beleidigung gegen seinen Amtskollegen in Grimmen bei Gericht anhängig. Er stellte die Persönlichkeit des Beleidigers fest: Herr Rittergutsbesitzer Stuth in Langensfelde.

Anklage wird erhoben. Der Termin ist festgesetzt. Wer nicht erscheint, ist der Angeklagte Stuth. Auch der einzige Zeuge, der Landrat Bälou, war nicht erschienen. Am nächsten Tage oder kurz darauf ging ein Schreiben des Landrats Bälou beim Gericht ein, es wäre in seinem Bureau ein Versehen vorgekommen, man hätte sich im Terminkalender geirrt, nachdem ein Landrat seine Geschäfte zu regeln pflegt. Er bäte wegen seines Nichterscheinens im Entschuldigung. Zu spät! Das Gericht hatte bereits einen Beschluß gefaßt: 200 Mark Geldstrafe — nicht etwa gegen Stuth, nein, gegen Bälou! Nach Eingang des Entschuldigungsschreibens von Bälou wurde ein neuer Beschluß gefaßt:

„A. D. 155/24.“

In der Straffache gegen den Rittergutsbesitzer Ernst Stuth in Langensfelde, wegen Beleidigung, wird der Beschluß vom 2. Juni 1924 hinsichtlich des Zeugen Landrat Bälou, rücksichtlich der Höhe der Ordnungsstrafe dahin abgeändert, daß der Zeuge nur in eine Ordnungsstrafe von 150 Goldmark, im Nichtbeitrittungsfall 15 Tage Haft, genommen wird. Eine Aufhebung der Strafbefugung überhaupt wird nach Anhörung der Anklagebehörde abgelehnt, da die Erklärung des Zeugen nicht als genügende Entschuldigung angesehen werden kann.

Stralsund, den 25. Juni 1924.

Amtsgericht, Abt. 4

gez. Roisch.“

Neuer Termin wird festgesetzt. Dieses Mal hat der Terminkalender in Franzburg besser funktioniert. Der Zeuge Bälou ist zur Stelle. Zwei weitere Zeugen ebenfalls. Nicht zur Stelle ist Herr Stuth, der Angeklagte. Welche Ordnungsstrafe ihm auferlegt würde? Keine, von der etwas bekannt wurde. Der Richter ordnete an, daß an Herrn Stuth nach Langensfelde zu telephonieren sei, die ordnungsmäßig angelegte gerichtliche Hauptverhandlung wurde verlagert. Nach 1½ Stunden erschien in keinem Auto der Angeklagte Stuth. Er erscheint, erklärt: er hätte allerdings von „Schaffen“ gesprochen den Landrat seines Kreises habe er damit nicht gemeint. Herr Stuth-Langensfelde wird freigesprochen. Und nun haben wir das Ergebnis: eine Strafe ist wegen der von Herrn Stuth-Langensfelde ausgestoßenen Beleidigungen verhängt worden; aber nicht gegen den Beleidiger, sondern gegen den Zeugen, den sozialdemokratischen Landrat Bälou!

So etwas ist pommerische Justiz und das Ministerium hat wegen der „Unabhängigkeit der Richter“ keine Möglichkeit, einzugreifen, es sei denn, im — Gnadenwege dem Zeugen die Ordnungsstrafe zu erlassen.

Internationales Stahlkonsortium.

Rüstungen der Schwerindustrie.

London, 2. Dezember. (W.D.) Der Rheinlandbeobachter. Der „Times“ übermittelt seinem Blatte einen langen Bericht über einen von der Schwerindustrie im Ruhrgebiet vertretene Plan eines internationalen Stahlkonsortiums. Das Blatt schreibt, das Bestehen der deutschen Stahlindustrie gehe eher in der Richtung eines internationalen Zusammenwirkens als einer schmalen Vereinigung zwischen zwei oder drei Ländern.

Erfolgreiche Verhandlungen mit England.

Abschluß des deutsch-englischen Handelsvertrags.

London, 2. Dezember. (W.D.) Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ erwartet die Unterzeichnung des Entwurfs des deutsch-englischen Handelsvertrages und des wichtigen daran geknüpften Protokolls im Laufe des heutigen Tages. In diesem Falle würde die deutsche Kommission abends nach Berlin abfahren. Es sei jedoch möglich, daß von einer Seite oder von beiden Seiten ein Vorbehalt gemacht würde, durch den die endgültige Ratifizierung des Vertrages durch das britische Parlament oder den Reichstag von einer Regelung der Frage der Ausfuhrabgabe abhängig gemacht werde, indem der Vertrag möglicherweise in der Zwischenzeit als ein vorläufiger modus vivendi angesehen wird.

Regelung der Frage der Ausfuhrabgabe.

London, 2. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Die deutschen und englischen Sachverständigen haben sich auf eine gemeinsame Formel über die 26proz. Exportabgabe geeinigt. Die Entscheidung liegt nunmehr in Berlin und insbesondere beim Reparationsagenten. Das Protokoll über den Abschluß der Verhandlungen wird voraussichtlich am Mittwochnachmittag unterzeichnet werden, falls es die Zustimmung der deutschen Regierung findet. Da das englische Unterhaus nach seinem Arbeitsplan vor Schluß der Session im Dezember nicht mehr ratifizieren kann, wird die Ratifikation durch England frühestens im Februar erfolgen. Hier wird der Vertrag als der günstigste der bisher von Deutschland abgeschlossenen Handelsverträge bezeichnet.

Aus den vorliegenden spärlichen Nachrichten über den Abschluß eines deutsch-englischen Handelsvertragsprotokolls ist zu ersehen, daß die Einigung, die von grundsätzlicher Bedeutung ist, in entgegenkommendem Geiste erfolgte. Das entspricht auf deutscher Seite der vorher festgelegten Taktik für diese Verhandlungen. Sie wird ihre Frucht tragen; denn die englische Delegation hatte, verglichen mit den anderen Partnern Deutschlands, die wenigsten handelspolitischen Waffen, weil im englischen Handel der freihändlerische Gedanke mehr als in anderen Ländern zum Ausdruck kommt. Der große Erfolg liegt eben darin, daß dem englischen Wirtschaftsprotektionismus durch Deutschland kein Anreiz gegeben wurde. So ist zu erwarten, daß das deutsch-englische Protokoll nicht nur die Ergänzungsverhandlungen und die späteren definitiven Verhandlungen zwischen Deutschland und England, sondern auch die Verhandlungen zwischen Deutschland und den übrigen Staaten günstig beeinflussen wird.

Wie zu erwarten war, ist die Frage der 26prozentigen Ausfuhrabgabe, eben als eine reine Reparationsfrage, von den Zollverhandlungen abgetrennt worden. Hier werden wahrscheinlich jene Stimmen recht behalten, die auf eine Regelung dieser Frage auf einer allgemeinen Konferenz hinweisen.

Der ungarische Parlamentskraz.

Parlamentsschloß der Sozialisten und Demokraten.

Budapest, 2. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Der Hof der sozialistischen und demokratischen Opposition beschloß am Montag auf die Dauer der Verhandlung über die neue Geschäftsordnung den Beratungen der Nationalversammlung fernzubleiben. In Anwesenheit aller Mitglieder der Opposition wurde eine entsprechende Erklärung in der Montagssitzung der Nationalversammlung verlesen. Darauf verließen Sozialisten und Demokraten geschlossen den Saal. Das Rumpiparlament hat dann von den 15 sozialdemokratischen Abgeordneten, die am Freitag mit Gewalt aus dem Sitzungssaal entfernt worden waren, zwei von 25, zwei von 22, zehn von 20 und einen Abgeordneten von 10 Sitzungen ausgeschlossen.

Eröffnung des Schweizer Nationalrats.

Bern, 2. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Der Schweizer Nationalrat ist am Montag zu seiner Herbsttagung zusammengetreten. Zum Präsidenten wurde Dr. Mejer-St. Gallen gewählt. Genosse Grimm ist von den Sozialdemokraten zum Vizepräsidenten vorgeschlagen. Der Nationalrat nahm den Protest Kgyptens zur Kenntnis und begann dann die Beratung des Haushalts. Gleichzeitig eröffnete am Montag der Schweizer Staatsrat seine Herbsttagung und wählte zum Präsidenten das Mitglied Adermatt (Katholik).

Vorwärts überall!

Bürgerwahlen in Basel.

Dem „Basler“, dem offiziellen Organ der Schweizer Sozialdemokraten entnehmen wir folgende Baseler Meldung:

Am Sonntag fanden in Basel die Wahlen in den weiteren Bürgerrat statt. Gewählt wurden sechs Radikaldemokraten (im Jahre 1921 sieben), sechs Bürgerpartei (neun), acht Liberale (fünf), zwei Angehörige der Evangelischen Volkspartei (einer), kein Christlicher (einer), neun Sozialdemokraten (sieben), fünf Kandidaten der katholischen Volkspartei (fünf) und vier Kommunisten (vier). Nach einer neueren Meldung wäre es möglich, daß unsere sozialdemokratischen Genossen nur acht Mandate erhalten.

Den Bürgerwahlen messen die Basler selber nicht allgrößte politische Bedeutung bei. Aber den politischen Barometerstand kann man an ihnen doch ablesen. Dieser Befrag, daß die Christlichen innerhalb zweier Jahre von 507 Stimmen (bei der letzten Bürgerwahlen) auf 200 Stimmen zusammengesunken sind, dominiert diese keine Partei nun völlig aufgegeben. Andererseits haben auch die Kommunisten Stimmen eingebüßt, während die Sozialdemokratische Partei Stimmen gewonnen hat. Es ist von symptomatischer Bedeutung, daß Christlichen und Kommunisten mehr und mehr zurückgehen und auch in Basel die Sozialdemokratische Partei zur eigentlichen Partei der Arbeiterklasse sich entwickelt.

General v. Schönau sollte in München auf Einladung der Friedensgesellschaft über das Thema: „Die Bedeutung der Reichstagswahlen für den Frieden. — Kriegs- oder Friedensreichstag?“ sprechen. Die Versammlung, zu der die Genehmigung bereits erteilt war, wurde am letzten Tage vor ihrer Abhaltung von der Polizei wegen Behinderung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung verboten. In der Reichspresse aller Richtungen war in den letzten Tagen aufs Schärffste gegen General v. Schönau und die Versammlung gehetzt worden.

Gewerkschaftsbewegung

Die Lohnpolitik der Unternehmer.

In der „Deutschen Bergwerks-Zeitung“ (Nr. 275) brachte Dr. Robert Holtzner, Essen, einen Artikel über: „Richtige und falsche Lohnpolitik“, der sich zunächst dagegen wendet, die Löhne lediglich nach den Kosten der Lebenshaltung zu bestimmen. Lohnsteigerung ohne Preissteigerung sei unmöglich. Der Deutsche (christliche) Gewerkschaftsbund habe dies 1921 öfter ausgesprochen. Ohne hier näher darauf einzugehen sei nur gesagt, daß umgekehrt, Preissteigerungen ohne Lohnerhöhungen erst recht unmöglich sind. Und mit Preissteigerungen hat auch der neue Kreislauf begonnen.

Daß für die Arbeiterschaft Absatzkrisis gleichbedeutend ist mit Arbeitslosigkeit in weitestem Umfange, und daß sie für die tätige Arbeiterschaft sowie für die Wirtschaft gleichbedeutend ist mit dem Tragen besonderer Lasten für die Unterfütterung dieser Erwerbslosen, liegt auf der Hand.

Es soll nicht bestritten werden, daß eine Dissonanz besteht zwischen dem Realeinkommen und dem Nominal Einkommen.

Es soll nicht bestritten werden, daß tatsächlich die Preise vieler Produkte, wie z. B. Lebensmittel und Gebrauchsgüter, gestiegen sind und die Friedenspreise vielfach überragen. Wenn sich nun aber der Kampf der Arbeiterschaft dahin richtet, von den Fabriken, Bergwerken, Hütten höhere Löhne zu erzielen, so werden damit die Preise der Urprodukte unweigerlich erhöht werden, weil hier die Sparte zwischen Selbstkosten und Verkaufspreis auszufüllen ist durch Steuerkosten, Sozialkosten, Materialkosten in einer Höhe, die die im Frieden üblichen Sätze um ein Mehrfaches überschreiten. Daß der Handel daraufhin mit seinen Preisen auch wieder in die Höhe gehen wird, ist selbstverständlich.

Der Bergbau z. B. als Urproduktion ist in vorbildlicher Weise mit einer Herabsetzung des Kohlenpreises um 10 Prozent vorangegangen, allerdings ohne auf dem allgemeinen Markt eine Preislenkung damit zu erzielen. Er hat damit aber auch das Feuerherd getan, was er bei dem heutigen Preisstand und bei der heftigen und sozialen Belastung zu leisten in der Lage ist. Und wie es beim Bergbau ist, so liegt es bei der Eisenindustrie, so liegt es bei fast allen Erzeugnissen der weiterarbeitenden Industrie. Es steht also fest, daß eine Erhöhung der Löhne eine Erhöhung des gesamten deutschen Preisniveaus unweigerlich nach sich ziehen würde und daß wir damit wieder in den alten Kreislauf der Lohnerhöhung, Preissteigerung, Lohnerhöhung-Preissteigerung hineinkommen würden.

Also trotz Herabsetzung des Kohlenpreises, der vordem als Hauptursache aller übrigen zu hohen Preise bezeichnet wurde, keine Preisherabsetzung. Keine Verbilligung der Preise trotz der amtlichen Preisabbauaktion durch Steuer- und Frachtermäßigungen. Woran dies liegt, wo der Kreislauf einsetzt, darüber deutet der Verfasser den Mantel der Verschwiegenheit und konstatiert, daß durch Lohnerhöhung sich das Problem Lohn und Lebenshaltung nicht lösen lasse, sondern nur durch Reduzierung der ausgeübten Preise.

Die Preisabbauaktion der Regierung sei trotz einer erheblichen, aber auch heute noch ungenügenden Herabsetzung der Eisenbahntarife gescheitert, da das Entscheidende für die Preisfestlegung neben den Tarifen die Steuern und die sozialen Lasten sind.

Nach allen bisherigen Erfahrungen sind wir davon überzeugt, daß auch bei weiterer erheblicher Entlastung im Sinne der Unternehmer die ausgeübten Preise nicht merklich ermäßigt werden, umso weniger als der Drang nach Kapitalneubildung die Sucht nach immer größerem Profit das Unternehmertum beherrscht. Genau wie die jüngste Kundgebung der Industriellen legt auch der Unternehmerwort in der „Bergwerks-Zeitung“, daß „wenn man eine Verbesserung der Lebenshaltung beabsichtigt, von der Steuerseite eingegriffen“ werden soll.

Abgesehen davon, daß die notwendigen Steuern irgendwie aufgebracht werden müssen, war die Lebenshaltung der deutschen Arbeitnehmerschaft keineswegs besser, sondern noch schlechter in der Zeit, da das Unternehmertum überhaupt keine Steuern zahlte, indem es sie in total entwertetem Papiergeld entrichtete.

Kurz zusammengefaßt geht die „richtige Lohnpolitik“ der Unternehmer dahin:

Die Gewerkschaften müssen mit dafür eintreten, daß das Unternehmertum von direkten Steuern entlastet wird — und dazu mitwirken, daß diese Steuern in Form indirekter Steuern auf die große Masse der Verbraucher abgewälzt werden. Außerdem muß die „Industrie“ und die „Wirtschaft“ entlastet werden durch sonstige „Ersch-

terungen“, die mit noch billigeren Frachttarifen anfangen und mit Schutzzöllen aufhören.

Weiter aber müssen die Gewerkschaften die Sozialgesetze abzuwehren helfen, um eine weitere Entlastung der Unternehmer herbeizuführen.

Schließlich müssen die Gewerkschaften den Achtstundentag preisgeben und für Steigerung der Produktion durch weitere Verlängerung der Arbeitszeit eintreten, dann werden vielleicht die Preise herabgesetzt, womit sich der Reallohn der Arbeitnehmer im gleichen Maße automatisch heben würde.

Die Gewerkschaften werden nach allem bei ihrer „falschen“ Lohnpolitik bleiben.

Die Arbeitnehmer aber haben am 7. Dezember Gelegenheit, klar und deutlich zu bekunden, welche Lohnpolitik sie selber für die richtige halten, die der Unternehmer oder die der Gewerkschaften.

Teure Mehrarbeit.

„Aus grundsätzlichen Erwägungen“.

Durch die mißbräuchliche Anwendung des Schlichtungsverfahrens ist in den Kranken- und Pflegeanstalten Berlins die Arbeitszeit von 8 auf 9 Stunden verlängert worden. Demas hat der Magistrat der Stadt Berlin als Arbeitgeber behauptet, daß es ihm durchaus nicht auf eine Verlängerung der Arbeitszeit, sondern lediglich auf die notwendigen Ersparnisse ankäme, mit Rücksicht auf die prekäre Finanzlage der Stadt. Wie steht es nun mit diesen Ersparnissen?

Die Ersparnisse an Personal, insbesondere in den technischen Abteilungen, z. B. in der Beschäftigung, waren durchaus nicht zu erzielen. Vielmehr ist eine Erhöhung der Betriebsunkosten infolge einsetzender, als die mehr geleistete Arbeit bezahlt werden mußte und auch infolge, als die längere Arbeitszeit erhebliche Unkosten an Licht, Kraft, Heizung, warmes Wasser und dergleichen mehr verursacht. Nichtsdestoweniger hat man die 9stündige Arbeitszeit beibehalten.

Eine genaue Nachprüfung in der größten Anstalt Berlins, im Rudolf-Birchow-Krankenhaus ergab, daß eine Herabsetzung der zurzeit bestehenden 54stündigen Arbeitswoche auf 51 Stunden pro Woche, ohne irgendwelche Neueinstellungen von Personal durchzuführen und damit erhebliche Ersparnisse, die sich auf Tausende von Godmark erstrecken, möglich seien. Sowohl die Direktion des Krankenhauses als auch der technische Leiter des Betriebes mußten dies unumwunden zugeben und waren auch bereit, ihre Auffassung beim Magistrat zu vertreten. Trotzdem wurde ein dahingehender Antrag der zuständigen Organisation, des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter, vom Magistrat Berlin unter dem 22. November 1924 dahingehend entschieden, daß dem Antrag aus „grundsätzlichen“ Erwägungen nicht entsprochen werden könne.

Die Tatsache, daß erhebliche Ersparnisse bei einer Herabsetzung der Arbeitszeit erzielt werden können, wird dabei mit keinem Wort bestritten. Bezeichnend ist, daß der Antrag, der an das Tarifvertragsamt gerichtet wurde, von diesem der Deputation für das Gesundheitswesen zur Stellungnahme übermitteln worden ist, daß aber die Deputation sich niemals mit diesem Antrag befaßt hat, sondern die Entscheidung lediglich von den Leitern des Hauptgesundheitsamtes gefällt worden ist.

Wir halten diese Verdrängung deshalb für außerordentlich notwendig, weil die Wahl eines neuen Stadimedizinalrates bevorsteht und weil der derzeitige Leiter des Hauptgesundheitsamtes, Professor Hoffmann, der hier mit aller Deutlichkeit seine arbeiterfeindliche Einstellung bewiesen hat, sich ebenfalls um den Posten eines Stadimedizinalrates beworben hat.

Es wird angebracht sein, daß sich die Stadtverordnetenversammlung mit diesen Zuständen beschäftigt, die uns vom Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter mitgeteilt werden. Wir sind der Meinung, daß der Achtstundentag in sämtlichen Gemeindebetrieben wieder einzuführen ist nachdem sich die Finanzlage der Stadt ganz außerordentlich gebessert hat. Diese Rückkehr zum Achtstundentag ist notwendig nicht allein aus grundsätzlichen Erwägungen, sondern weil gerade in den Pflegeanstalten Rücksicht genommen werden muß auf Leben und Gesundheit sowohl der Pfleger wie der Kranken. Selbst wenn die Rückkehr zum Achtstundentag mit einer Mehrausgabe verbunden wäre, so würde noch eine Ersparnis erzielt werden, weil schließlich die menschliche Arbeitskraft das wertvollste Kapital ist, das wir besitzen.

Lohnbewegung der Metall-Transportarbeiter.

Die Transportarbeiter aus den Betrieben des Verbandes Berliner Metallindustrieller haben gestern in einer Versammlung im Scaubau Friedrichshain dem Beschluß einer vorhergegangenen Funktionskonferenz zugestimmt, wonach das Lohnabkommen zum 14. Dezember zu kündigen ist. Die Aufstellung der neuen Forderungen wurde der Tarifkommission übertragen.

Die einseitigen Ausführungen des Genossen Fromke vom Verkehrsband wurden von den Diskussionsrednern wirksam unterbrochen. Bei allen herrschte Einmütigkeit darüber, daß der V.B.M. nur durch eine stark ausgebaute Organisation zu angemessenen Lohnzuwächsen zu zwingen ist. Dadurch werden sich die Transportarbeiter zu richten haben. Die Notwendigkeit, sich zu organisieren, sollte dieser Arbeitergruppe durch die Behandlung, die ihr vom V.B.M. bisher zuteil wurde, klar gemacht worden sein. Die erfreulichen Zugänge, die der Verkehrsband in letzter Zeit zu verzeichnen hatte, müssen so geachtet werden, daß unorganisierte Transportarbeiter in der Metallindustrie nicht mehr zu finden sind.

Das Ergebnis der Diskussion wurde in folgender einstimmig angenommenen Resolution zusammengefaßt:

Die heute, Sonntag, den 20. November 1924, im Scaubau Friedrichshain stattfindende Versammlung der Transportarbeiter aus der Groß-Berliner Metallindustrie stimmt der Kündigung des Lohnabkommens zu.

Sie erwartet den baldigen Abschluß eines neuen Abkommens, in dem die Grundbedingung entsprechend den neuen wirtschaftlichen Verhältnissen eine wesentliche Verbesserung erfahren. Um die neuen Lohnverhandlungen durch die Beteiligten selbst mit aller Kraft zu führen, hat jeder noch unorganisierte Berufskollege die Pflicht, sich sofort dem Verbands anzuschließen. Die Verbandsmitglieder verpflichten sich, in diesem Sinne zur Stärkung der Organisation in den Betrieben unablässig tätig zu sein.

Im übrigen stellt sich die Versammlung auf den gefaßten Beschluß der Vertrauensleute.

Zur Beilegung des Streiks in der AEG-Turbine.

Eine Versammlung der streikenden und ausgesperrten Arbeiter und Arbeiterinnen der AEG-Turbinefabrik nahm heute morgen einen Bericht des Obmannes König von den Verhandlungen des Gesamtbetriebsrates und des Betriebsrates der Turbinenfabrik über die Beilegung des Dreherstreiks entgegen. Wie wir bereits im heutigen Morgenblatt mitteilen konnten, haben die streikenden Dreher das Verhandlungsergebnis angenommen. Nach den Mitteilungen des Berichterstatters erfolgt die Arbeitsaufnahme morgen, Mittwoch früh um 6 Uhr 15 Minuten. Die Schichtarbeiter fangen so wie bisher ihre Schicht an. Nachregelungen finden nicht statt. Eine generelle Erhöhung der Akkordpreise hat die Direktion der Turbinenfabrik abgelehnt, weil der Streik nicht mehr von der Seite der Turbinenfabrik, sondern von der Fabrikoberleitung des gesamten AEG-Konzerns, hinter dem natürlich der V.B.M. steht, geführt wird. Zugestanden ist aber, daß die Akkordbasen der Klasse Ia von 58 Pf. auf 60 und die Klasse Im von 54 auf 55 Pf. erhöht werden. Diese Erhöhungen gelten für alle Berufsgruppen des AEG-Konzerns.

Streikbeschuß der elbassischen Kaliarbeiter.

Paris, 2. Dezember. (M.T.B.) Nach einer Meldung der „Agence Industrielle“ aus Mühlhausen (Elsass-Lothringen) hat die Abstimmung über die Lohnforderungen der Arbeiter in der Kaliindustrie eine Zweidrittelmehrheit für den Streik ergeben. Die Kaliarbeiter verlangen deshalb von der Direktion der Kaligruben bis Dienstag mittag 12 Uhr eine Antwort, ob die Lohnforderungen angenommen werden. Wenn kein befriedigender Bescheid gegeben wird, so ist für Mittwoch der Generastreik in Aussicht genommen.

Lohnbewegung der elbassischen Eisenbahner.

Wie aus Straßburg gemeldet wird, sind die Eisenbahner der elbass-lothringischen Eisenbahnen wegen Erhöhung ihres Lohnes in eine Bewegung eintritten. Sie haben am Montag eine Sitzung abgehalten und die Möglichkeit eines Streiks ins Auge gefaßt. Eine Abordnung von sechs Mitgliedern ist beauftragt worden, die Forderungen dem Minister für öffentliche Arbeiten zu unterbreiten.

Regierungsintervention im polnischen Textilstreik.

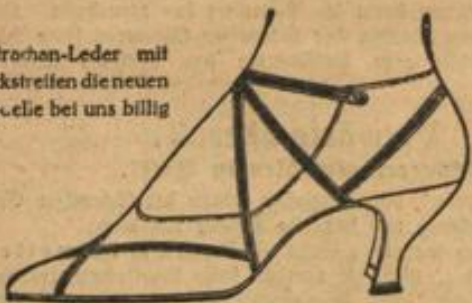
Warschau, 2. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Infolge der ernststen Lage der Textilindustrie in Lodz hat der Direktor im Arbeitsministerium Klott außer den örtlichen Verhandlungen zwischen Industrielle und Arbeitern eine besondere Konferenz von hoher Industriellen nach Warschau einberufen, um über die Beilegung des immer weiter um sich greifenden Streiks zu beraten. Die Delegation befindet sich bereits in Warschau. In Lodz erwartet man große Versammlungen und Demonstrationen.

Verantwortlich für Politik: Graf Reuter; Wirtschaft: Arthur Gaternus; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Revolution: Dr. John Schilomski; Soziales und Sozialismus: Erik Arslan; Anzeigen: H. Glade; Musik in Berlin: Berlin: Gornbrink-Perlas G. m. b. H. Berlin; Druck: Gornbrink-Perlas-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Giner u. Co. Berlin SW 68, Lindenstraße 2, Stier 1 Belleau.

Tatsachen beweisen:

Durch besonders günstigen Einkauf bringen wir der Groß-Berliner Bevölkerung so billige Weihnachtsangebote, daß sich jeder für wenig Geld ein Paar gute Schuhe beschaffen kann. / Aus der Fülle unserer Angebote hier nur einige Beispiele:

Astronhan-Leder mit Lackstreifen die neuen Modelle bei uns billig



Eleg. Spangenschuhe verschiedene Ausführungen Boxkalt u. R.-Chevreau mit rotem Lackaufsatz etc. M. 12.80 **9.90**

Haabschnürschuhe echt Ch omleder u. R.-Chevreau. Größe 35-38 moderne Form **3.90**

Mod. br. Schiebespange echt Chevreau und R.-Chevreau, gutes Material, moderne spitze Form **5.90**

Lack-Schnürschuhe mod. Form, gutes Material **9.90**

Damen - Stiefel Hochschall, moderne Form, gutes Material **8.90**

KAMELHAARSCHUHE in großer Auswahl billig!

Leder Kinderstiefel bequeme Form, gutes Leder, Größe 23-24 **2.45**, 21-22 **2.65**

do. braun Fahlleder, Größe 31-35 **4.90**, 27-30 **3.50**

Echt Boxrind 8.90 moderne spitze Form

6.90 in breiter Form mit Derüyschnitt



Herren - Stiefel 7.90 Auf Rand weiß gedoppelt, mit Zwischensohle moderne Form **M.**

Herren - Stiefel 12.90 Doppelsohlen besonders gutes Material sehr haltbar. Für Nässe u. Kälte

Gross-Detail Schuh-Lokal Behrndt

Münzstr. 25

Frankfurter Allee 54, Hottbusser Damm 13

Lack mit farbiger Verzierung oder farbige Leder etc. bei uns billig.



Ein Posten circa 800 Paar **Feine Luxusachen u. Straßenschuhe** Orig. Good-year Welt, Handarbeit u. Modkayausführung, farbige Wildleder, Nubuk, Boxkalt u. Chevreau in Spang., Sandolett, Pumps u. Schnür, meist Louis XV. Abs. in hoheleg. Ausführung. Größe 35-41 Serie I 8.90, ... Serie II **6.90**

Alfenhaut Wildleder imitiert, grau, schw. u. braun Schnür, Pumps od. Spange gut. Fabrik, mod. Form., gut. Kerne ers. **4.90** **3.50**

Damen-Halschuhe echt Boxrind u. R.-Chevreau teils Lackkappe, mod. Form., teils braun **6.90**

do. Coody par-Welt moderne spitze und runde Form **9.90**

Warme Damen - Hauschuhe Stoffsöhle, kariert u. leintarbig **1.15**

Warme Kinderstiefel sowie Baby-schuhe in Leder und Stoff Größe 19-21 P. **95**

Kamelhaarschuhe in großer Auswahl billig!

Ballett fürs Volk.

Vor dreißig, vierzig Jahren, gab es da schon Theater fürs Volk? Vor dreißig, vierzig Jahren schlug man dem Volk die Peitsche des Ausnahmestückes knirschend über den Rücken. Über Theater, Kunst, Bildung, Wissenschaft? Dann kam die Volkstheaterbewegung, dann kam die edelste Musik, und heute stellen wir für das Volk einen erlebten Genuß der Bühnenkunst dar.

Man spricht heute so viel von Jugend, die nach Ausdruck ihres Wesens trachtet, und man kann dem Wesen der neuen Jugend, wie er im Tanz zum Ausdruck strebt, kaum besser gerecht werden als durch den erkauften Ausruf einer Zirkusdarstellerin, die bei dem tanzen den Spiel (oder dem spielenden Tanz) ausruft: Aber das sind doch Kinder, nicht wahr? Sie möchte gar nicht glauben, daß die Menschen, die dort oben mit unerschütterten Beibren und gelösten Gliedern tollten und wirbelten, die den Rhythmus ihres jungen Blutes im Tanz projizierten, reife erwachsene Menschen waren.

Beamte und Sozialdemokratie.

In einer stark besuchten Beamtenwählerversammlung im Artushof referierte der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes, Genosse Falkenberg. Die Tatsache, so führte er aus, daß so viele Beamte geklagt haben, ihre Interessen als Beamte ohne feste parteipolitische Einstellung richtig vertreten zu können, hat in den letzten Jahren zu einer Beamtenpolitik, die ihnen selbst am besten zu Gemüte gekommen ist, geführt.

Als nach er Redner sprach, lebhaft beirät, Genosse Dr. Otto Bauer. Er sprach seine Befriedigung darüber aus, auch einmal vor deutschen Beamten sprechen zu können. In Österreich ist das uneingeschränkte Koalitionsrecht für die Beamten durchgesetzt und festgehalten worden. Die Beamten sind in eine feste Verbindung mit den Arbeiterorganisationen getreten. Die vielen abgetanen Beamten bilden eine staatspolitische Gesamtheit. Sie werden aus Verärgerung entweder ganz rechts oder ganz links abrutschen oder, was schlimmer ist, indifferent werden.

In den Brunnenfällen, Brunnenstraße, fand eine Polizeibeamtenversammlung statt, in der Oberwachmeister Grelz referierte. Der Redner betonte, daß es am 7. Dezember nur eine Frage gäbe: Schwarzrotgold oder schwarzweißrot? Ihr Selbstverleugungstriebe müßte die deutschen Beamten zwingen, an diesen entscheidenden Tagen für die junge Republik zu stimmen.

In der Oberhörsingstraße sprach Genosse Leid über die Bedeutung der Wahl am 7. Dezember. Er wies zuerst auf den großen Wert dieses Wahlkampfes hin: Sozialdemokratie gegen Bürgerblock. An den Zielen der beiden Gegner bewies er die Unerschütterlichkeit dieses Gegensatzes und die Notwendigkeit für die Massen des Volkes, Stellung zu nehmen. Er sprach von der Verlängerung, der Verkürzung der sozialistischen Rechte, der politischen Freiheit und damit der Möglichkeit jedes Aufstiegs einerseits, andererseits Erben nach Überwindung aller Hindernisse der kapitalistischen Ordnung durch die Vernunft und der Wille zum Recht.

Aus dem Wahlkampf.

Deutschnationale Wahlhilfe.

Von einem Genossen wird uns geschrieben: Von einer Agitationstour im Wahlkreis 5, Frankfurt a. D., zurückkehrend, möchte ich der Öffentlichkeit eine neue Dreifügigkeit der Deutschnationalen Volkspartei nicht vorenthalten. Zu meiner Aufgabe gehörte die Abhaltung einer öffentlichen Versammlung in einem Orte des Spreewaldes, die um 7 1/2 Uhr abends stattfinden sollte. Als ich eine Stunde vorher, von einer anderen Versammlung kommend, das Gastzimmer betrat, hörte ich zu meinem Erstaunen, daß unsere Versammlung schon um 2 1/2 Uhr stattgefunden hatte.

Statistisches Reichsamt = Deutschnationale Volkspartei?

Man ist versucht, diese Frage mit „Ja“ zu beantworten, wenn man in deutschnationalen Versammlungen einen Zettel in die Hand gedrückt bekommt, der auf der einen Seite den Kopf trägt: „Beitrittserklärung zur Deutschnationalen Volkspartei (Druckgruppe Petersburger Platz)“ und dessen Rückseite folgender Briefkopf trägt: „Statistisches Reichsamt, Postfach 10: Berlin Nr. 9. - Bitte in der Antwort Tag, Nr. und kurzen Inhalt anzugeben. Tag, Nr. -“

Ermäßigung der Postgebühren.

Dem Verwaltungsrat der Deutschen Reichspost sind für die im Dezember stattfindenden Tagungen Vorlagen wegen Ermäßigung der Post-, Telegraphen- und Fernsprechggebühren zugegangen.

Die Postgebühren im Inlande entsprechen im wesentlichen schon den Vorkriegssätzen. Am Auslandsverkehr ist eine Herabsetzung der Gebühr für den einfachen Brief auf 25 Pf., für die Postkarte auf 15 Pf. in Aussicht genommen. Für den Post- und Fernsprecheverkehr ist außer einer wesentlichen Ermäßigung der Zahlortengebühr eine beträchtliche Herabsetzung der Ausgabulagegebühr vorgesehen. Weiter wird beabsichtigt, die Wortgebühr für Telegramme im Fernverkehr von 15 Pf. auf 12 Pf. herabzusetzen. Die Ermäßigung der Fernsprechggebühren soll sich auf die Gesprächsgebühren im Ortsverkehr und im Fernverkehr und auf die Einrichtungsgebühren erstrecken; außerdem soll die Gebühr für das Aufgeben der Telegramme durch Fernsprecher oder durch Nebentelegraphen ganz wegfallen.

Die bei Herstellung neuer Fernsprecheinrichtungen als einmalige Gebühr zu zahlende Einrichtungsgebühr wird bei Fernsprechstellen von 90 auf 80 und bei Nebentelegraphen von 60 auf 40 Mk. herabgesetzt.

Folgenschwere Schieberei eines betrunkenen Wächters.

Eine schwere Schieberei verursachte am Montagabend am Oranienplatz große Aufregung. Dort an der Ecke des Luisenparkes saß ein Wächter auf, der offensichtlich betrunken war. Sein Verhalten erregte die Aufmerksamkeit der Leute, die sich immer mehr über ihn lustig machten. Das ärgerte wieder den Wächter, der nun auch Pistolenschüsse abgab. Schließlich zog er seine Pistole und gab 4 Schüsse ab. Der Gärtler Richard Genside aus der Kaiser-Friedrich-Straße zu Neukölln wurde schwer in die Brust, der Kaufmann Moritz Herrschberg aus der Oranienstraße am Rine getroffen. Beide Verletzte mußten nach dem Krankenhaus Bethanien gebracht werden. Der betrunkenen Wächter, Richard Müller, wurde nach der Wache des 95. Regiments gebracht und wird der Kriminalpolizei zugeführt.

Eintrittsliste für die Jungausstellung bei der Stadtbahn. Die Berliner Straßenbahn-Betriebs-G.m.b.H. gibt vom 3. Dezember ab die Eintrittsliste für die Jungausstellung in Willehden aus. Die Liste ist erhältlich am Schalter der Hauptkassabehälter, Leipziger Platz 14. Von Montag 9-11 Uhr, Samstag 9-11 Uhr und auf den Betriebskassabehältern. Preis eines Eintrittsbescheites 1,50 Mk. Jeder Käufer eines Bescheites erhält am Schalter zusätzlich zwei Straßenbahn-Einzelahrkarten mit je einmaliger Umfahrgerechtigung. Die Kassierer verkaufen keine Eintrittsbescheite.

Mordüberfall im Ruhrgebiet.

Vier Personen von einer Räuberbande getötet.

Ein in seinen Mollern bis zur Stunde völlig unglückliches, in seiner Ausführung unerhört grauhaftes Verbrechen ist in Halger bei Siegen verübt worden. Durch eine Mordbande von etwa 20-25 Mann ist nahezu eine ganze Familie ausgerottet worden. Bestrebt wird es, daß es der Bande gelungen konnte, vollkommen und hindert zu entkommen. Die Verfolgung ist unerschütterlich aufgenommen worden.

Wie aus Siegen an der Ruhr gemeldet wird, ist auf die Wirtin des Direktors der Kalkfeingrube in Halger ein Überfall verübt

schon dann gegen republikanische Beamte anwendet, wenn auch nur der Schatten eines Verdachtes auf sie fällt.

So lieben sie es!

Die Deutschnationalen hatten kürzlich in der Handeschule zu Charlottenburg zu einer Versammlung eingeladen. In der der berüchtigte Geisler nach Kräften die Republik beschimpfte. Der Vorsitzende, ein bekannter reaktionärer Schulmeister aus Charlottenburg, der die Versammlung durch Stockschläge auf den Tisch wiederholt störte, und die elementaren Kenntnisse zur Vertung einer öffentlichen Versammlung völlig vermissen ließ, kommandierte in der sogenannten „freien Aussprache“ nur fünf Minuten, nachdem er vorher mit seinen Getreuen vereinbart hatte, von den Republikanern niemandem reden zu lassen. Als der erste Diskussionsredner das Wort erhielt, drohte ihm von etwa 40 Mann planmäßig eingestelltes Gebrüll entgegen: Juden raus! Obgleich die Anwesenden gar keine Juden waren. Als sich herausstellte, daß diese Proskription auch mit dem Redner vereinbart war, beschloßen die Republikaner den Saal zu verlassen, und siehe, es blieben nur noch wenige Reihen besetzt, da der größte Teil der Versammlungsteilnehmer, angewidert von dem Benehmen der Monarchisten den Saal verlassen hatte.

Leere Kommunistentreffen.

Die Kommunisten können einem fast leid tun. So viel Schwierigkeiten wie bei jeder Wahl haben sie doch nicht gehabt. Obwohl man die größten und schönsten Säle mietet, obgleich Papier und Druckerzeugnisse zentnerweise für die Propaganda verbrennt werden, die Versammlungen bleiben leer und öde. Da hilft auch kein „Proletarischer Gesundheitsdienst“, mit Armbinden und weißen Schürzen in Reklamestellung aufgebaut, da zieht kein kommunistischer Besle-Turnverein als Leerdere Attraktion; die Massen fehlen. Die Referate in den Wählerversammlungen für die „Judithauswahlen“ bieten ein trostloses Bild vollkommener politischer Unfähigkeit, organisiert in mikroskopisch kleinen „Zellen“. Mit akrobatischen „Gehirnschmalz“ weisen sich die Redner um die Erfordernisse der Tagespolitik und der Gewerkschaftsbewegung herum. Die Zuhörer werden mit Phrasen gefüllt, deren Haltlosigkeit sich nur zu oft schon bewies. Der Innuende Regen und die leere Hand fordern gebrüderlich eine andere Lösung; der Vertreter der kommunistischen Partei bringt sie nicht. Daneben gibt natürlich die Schimpferlei auf die Sozialdemokraten. Wenn nur der gehaltvolle Teil von dem wahr ist, was ihnen alles an die Rockschöße gehängt wird und wofür sie verantwortlich gemacht werden, hätten die Kommunisten schon recht. Aber auch das verängt bei den Zuhörern nicht mehr, soweit Nichtmitglieder der Partei überhaupt anwesend sind. Der Referent ist in der schwierigen Lage eines Hausbauers, der nach den Angaben seiner Vorgesetzten eine Ware anpreisen und absetzen soll, deren Fehlerhaftigkeit sich unzählige Male bereits erwies, der also keine Abnehmer findet und dafür von seinen Auftraggebern gerüffelt wird.

morden. Eine Horde von 20 bis 25 Mann drang in die Villa ein. Die Frau des Direktors, eine Schwägerin, eine zu Besuch weilende Dame, drei Bureauangestellte, ein Gärtner und ein Arbeiter wurden von der Bande getötet. Der Direktor wurde schwer verletzt so daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird. Nach der Tat steckten die Räuber die Villa in Brand. Die Leichen wurden teilweise verlohrt aufgefunden. Von den Tätern fehlt bisher jede Spur. Man nimmt an, daß es die Banditen auf eine große Summe Lohngebeldes abgesehen hatten, die in der Villa aufgehoben wurde.

Zu dem grauhaften Verbrechen sind inzwischen noch folgende Einzelheiten bekannt geworden: Der Direktor Allersheim ist ein in den dreißiger Jahren stehender Mann, der im Orte durchaus beliebt ist. Er ist Geschäftsführer der genannten Werke und bewohnt eine Villa in der Nähe der Bahn. Schon mehrere Monate vorher sind wiederholt Angriffe auf die Familie verübt worden. Allersheim war zurzeit der Tat auf der Post. Bei seiner Rückkehr hörte er, als er den Vorgarten betrat, einen großen Tumult. Durch die aus dem Innern der Villa dringenden Hilferufe wurden die Bewohner aufmerksam. Unterdessen war aber die Tat bereits geschehen. Frau Allersheim, die wegen Krankheit das Bett hütete, fand man mit 18 Messerstichen verletzt vor. Eine Schwester sowie die Mutter des Direktors fand man im Badezimmer ermordet. Allersheim selbst erhielt, als er die Schwelle der Villa betrat, mehrere Messerstiche, die seine Ueberführung in das Krankenhaus erforderlich machten. Die Täter hatten mit Äxten und Beilen gearbeitet. Das oberste Stockwerk war mit Benzin getränkt und angezündet worden. Die Leiche des Dienstmädchens fand man verlohrt vor. Im unteren Stockwerk, wo sich die Bureauräume befanden, entdeckte man die Leiche des Bureauangestellten Biehl und zweier Gehilfen. Ebenso wurde der Gärtner des Hauses und ein Arbeiter, die wahrscheinlich auf die Hilferufe herbeieilten, erschlagen aufgefunden. Der Kassenschrank, in dem sich die Lohngebelder befanden, war merkwürdigerweise unversehrt. Telephon und Wasserleitung waren zerstört. Man nimmt an, daß 10 bis 20 Personen an dem Ueberfall beteiligt sind, die nach vollbrachter Tat in den naheliegenden Wald flüchteten. Die sofort verständigte Schutzpolizei ritt mit Polizeihunden herbei, und fahndet eifrig nach einer Spur der Verbrecher.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

- Einladungen für diese Rubrik sind bei den Ortsvereinen zu erlangen.
1. Kreis Wedding, Handzettel und Bescheite für die öffentliche Versammlung sind sofort von Fischer, Postamt, und Hönlich, Ullricher Str. abzuholen.
2. Abt. Mitte, 7. Uhr, außerordentliche Mitgliederversammlung bei Rosenzweig, Landsberger Str. 89.
3. Abt. Mitte, Sonntag 7 1/2 Uhr bei Solod, Demme Str. 8: Funktionserfüllung sämtlicher Bezirksleiter und Betriebsgruppenleiter müssen erscheinen. Die Bescheite haben an C. C. Müller, der Wähler II.
4. Abt. Mitte, 7 1/2 Uhr: Abteilungsversammlung bei Bogt, Dreilindenstr. 11. Einleitung der Wahlarbeit.
5. Abt. Prenzlauer Berg, Handzettel für die öffentliche Versammlung am Freitag bei Klein, er abholen.
6. Abt. Prenzlauer Berg, heute (Dienstag) 8 Uhr: Vorstandssitzung bei Grieger, Preilager Str. 9.
7. Abt. Prenzlauer Berg, morgen (Mittwoch) abends 7 1/2 Uhr: Zahlabend bei Gemann, Waltersdorfer Straße.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

- Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“
Geschäftsreise: Berlin S 14 Sebastianstr. 17-18, Hof 2 Tr.
Kameradschaft Schindlerstr. Deute Dienstag und morgen Mittwoch (jeweils um 1 1/2 Uhr: Sammeln bei Gensicke zum Sonntag.
20. Kameradschaft Reinickendorf. Dienstag den 2. d. Mo., abends 7 Uhr. Treffen der Kameraden in folgenden Lokalen: Untergruppen Reinickendorf: West und Zentral im Lokal Müller's Feinküche, Reinickendorf-West: Schornmeier Str. 14; Untergruppen Wittenau und H. r. m. d. b. o. r. im Lokal Frau Schulz, Wittenau, Oranienburger Str. 88; Untergruppen Reinickendorf-Ost und Rosenthal im Lokal Schreiber, Rosenthal, Hauptstr.
Geschäftliche Mitteilungen.

Zum Weihnachtsfest ganz Schöne für wenig Geld zu beschaffen, hat sich das bekannte Geschäftsbüro, Ringstr. 25, mit 10 von Hülshausen, Rotenburger Damm 13 und Franz urter, Allee 14, zur Aufgabe gemacht. Wir verweisen auf das Infotat in der heutigen Ausgabe.

Wirtschaft

Der vorläufige Reichshaushaltsplan für 1925.

Die Reichsregierung hat dem Reichsrat bereits den Entwurf des Haushaltsplanes für 1925 vorgelegt. Danach schließt der Haushalt der allgemeinen Reichsfinanzverwaltung, in dem im wesentlichen die Einnahmen aus Zöllen, Steuern und Abgaben sowie die Steuerüberweisungen an die Länder und Gemeinden veranschlagt werden, mit einem Ueberschuß von etwas über 2 1/2 Milliarden Reichsmark ab. Es handelt sich hierbei aber keineswegs um einen Ueberschuß in den Reichsfinanzen überhaupt. Denn dabei sind die übrigen Teile des Haushalts, die in der Hauptsache die Ausgaben für die einzelnen Reichsverwaltungen enthalten, unberücksichtigt geblieben. Werden sie mit in Rechnung gestellt, so ergibt sich, daß der ordentliche Haushalt für 1925 im Entwurf in Einnahmen und Ausgaben sich ausgleicht, der außerordentliche Haushalt dagegen ein Defizit aufweist. Die Einnahmen des ordentlichen Haushalts sind mit 5 398 638 000 Reichsmark veranschlagt.

Aus der Prägung von Reichsmünzen wird ein Gewinn von 8 474 668 M. gegenüber 2 712 000 M. im Vorjahre erwartet. Die Ausgaben im ordentlichen Haushalt sind mit 2 558 605 947 M., etwa 100 Millionen Mark höher als im Vorjahre. Ein Fonds für besondere Aufwandsfelder für sämtliche Reichsminister ist von 12 000 auf 30 000 Reichsmark erhöht worden. Es handelt sich aber keineswegs, wie die Reichsregierung es bereits hinzusetzen sucht, um eine Erhöhung der Aufwandsfelder des einzelnen Reichsministers von 12 000 auf 30 000 M., sondern nur um Schaffung eines Fonds für Repräsentationszwecke. Für die letzte Befoldungserhöhung und für die Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses ist ein Betrag von 300 Millionen Mark eingelegt.

In diesem Haushaltsentwurf ist auch die erste Reparationszahlung an den Reparationsagenten enthalten. An ihn sind nach dem Sachverständigenurteil in der Zeit vom 1. November 1925 bis 31. August 1926 rund 250 Millionen Reichsmark aus der Beförderungssteuer abzuführen. Davon entfallen sieben Zehntel, d. h. 145 833 333 Reichsmark auf das Rechnungsjahr 1925. Der Reichsrat wird in der nächsten Woche zu diesem Beschlusse Stellung nehmen.

Genossenschaftliche Ueberwindung des Schwichsystems.

Wie auf genossenschaftlichem Wege die Lebenshaltung in verschiedener Richtung gehoben werden kann, zeigt die Oberfränkische Spar- und Konsumgenossenschaft für Schney und Umgegend, die jetzt 25 Jahre besteht. Ihr gehörten anfangs meist Korbmacher an, deren Bedarf an Rohstoff dort neben der Versorgung mit

Lebensmitteln gedeckt wurde. Als dies von den Unternehmern mit Entziehung der Aufträge beantwortet wurde, übernahm die Genossenschaft auch den Absatz, indem sie an die Konsumvereine zu liefern begann. Das ermöglichte, obwohl die preußische Warenhaussteuer den Absatz erschwerte, zunächst eine Besserstellung der Heimarbeit, die nun durch billigeren Bezug von Lebensmitteln und Rohstoffen wie durch höheren Arbeitsertrag Vorteile erzielte. 1909 gelang es, Korbmacherwerkstätten zu errichten. 1915 wurde eine moderne Fabrik, die zu den bestgerüsteten in Deutschland gehört, errichtet; sie wird von der Korbmachervereinigung Schney und Umgegend betrieben. Sie beschäftigt im Striege bis zu 700 Arbeitern und erzielte einen Jahresumsatz von 2 Millionen Mark. Die Konsumgenossenschaft zählt an 2000 Mitgliedern, hat 7 Abgabestellen an 6 Orten und 4 fast schuldenfreie eigene Anwesen. Eigene Fonds für Kinder- und Altersheim, Bildungs- und Pensionszwecke sind vorhanden, allerdings durch Inflation stark entwertet. An einer Baugenossenschaft ist die Konsumgenossenschaft mit 150 000 Mark beteiligt. Sie betreibt eine Badeanstalt und anderes. Die Entwicklung dieses Unternehmens, dessen Mitglieder und Arbeiter sich wesentlicher Vorteile erfreuen, zeigt vor allem, wie auf dem Wege der Genossenschaft und durch Verbindung mit der übrigen Genossenschaftsbewegung der Krebschaden der Heimarbeit, wenn die sonstigen Vorbedingungen gegeben sind, gründlich überwunden werden kann: ein Vorbild für die deutsche Genossenschafts- und Gewerkschaftsbewegung, das noch lange nicht genügend zur Geltung gekommen ist.

Die Abwehrsperre von Einzelhändlern als Mittel zum Preisabbau. Der Verband der Hutfabrikanten und Hutgroßhändler hatte, wie „Die Textil-Woche“ erzählt, vor einiger Zeit eine Besorgungstafel solcher Hutfabrikanten aufgestellt, bei denen die Verbandsmitglieder in erster Linie ihre Einkäufe machen sollten. Der Verband Deutscher Waren- und Kaufhäuser beantragte und erhielt gemäß § 9 der Kartellverordnung die Genehmigung zu einer Abwehrsperre über die Mitglieder des Großhandelsverbandes, die durch diese Sperre verhindert werden sollte, daß die besorgungstafel Damenhutfabrikanten unmittelbar Ware an den Einzelhandel liefern. Der Einpruch des Großhandelsverbandes gegen die Genehmigung der Sperre ist vom Kartellgericht zurückgewiesen worden. Die Begründung der Entscheidung ist von besonderem Interesse. Das Kartellgericht hat festgestellt, daß durch den unmittelbaren Geschäftsverkehr der Fabrikanten mit den Warenhäusern eine Verteuerung der Ware nicht zu befürchten ist. Im Gegenteil würde der Wunsch des Großhandels, diese direkte Belieferung auszuschalten, eher zu einer Verteuerung der Ware führen. Hiermit würde aber ein Erfolg erzielt

werden, der in der Zeit, da alle verantwortlichen Stellen mit allen Mitteln eine Senkung der Preise herbeizuführen suchen, als unerträglich zu bezeichnen wäre.

Die Eisengießerei A. G. vorm. Knyling u. Thomas-Berlin scheint die Deffenzlichkeit nicht mit einem ungewöhnlichen Bilanzbild haben beunruhigen zu wollen, denn ihre Goldbilanz zeigt eine geradezu frappierende Uebereinstimmung mit demjenigen der Vorjahre. Grundstücke, Kapital, Reservefonds, auch Unterhaltungs- und Pensionsfonds erscheinen mit fast gleichen Zahlen. Das könnte leicht als Beweis für den Wert der Bilanz genommen werden und dafür, daß man durch die Bilanzziffern gewissermaßen auf den inneren Wert der Unternehmung hindurchsieht. Aber man darf sich von der konservativen Natur der Bilanzziffern nicht täuschen lassen. 1920/21 wurden für fast 3 Millionen (relativ achtbarer Wert) Grundstücke erworben, 1922 wurden Beteiligungen an mehreren Metallunternehmungen gekauft. Von den Grundstücken veräußert in der Bilanz nichts, und die Beteiligungen erscheinen zusammen mit den Effekten mit 70 000 M. Offenbar hat die Unternehmensleitung hier Reserven gestellt, um eine Kapitalerhöhung durchzuführen oder der Betriebsmittelknappheit besser Herr werden zu können.

Die internationale Preisbewegung. Die vom Internationalen Arbeitsamt für August und September 1924 veröffentlichten Indizes der Großhandelspreise zeigen in gewissen Ländern eine Neigung zum Steigen, die am meisten ausgesprochen ist in Deutschland und Polen, aber auch in Belgien, Frankreich, Luxemburg, Finnland, Schweden, Dänemark, Italien, Großbritannien und in den Vereinigten Staaten zutage tritt. Dagegen sinken die Großhandelspreise in Oesterreich, der Schweiz, Kanada, Indien und Japan, während in den anderen Ländern, für die Zahlen vorhanden sind, die Preishöhe gleich blieb oder sich nur unbedeutend änderte. Die Kosten der Lebenshaltung waren in jüngster Zeit in den meisten Ländern bemerkenswert beständig. In sehr wenigen Fällen beträgt die Veränderung nach den letzten vorhandenen Zahlen mehr als ein Prozent.

Der Reichswirtschaftsrat in Frankreich. Der Entwurf einer Sitzung des französischen Reichswirtschaftsrates wurde eben von einem behördlichen Ausschusse ausgebreitet. Es wird vorgeschlagen, daß der Rat aus 83 Mitgliedern bestehen solle, welche den verschiedenen Gesellschafts- und Wirtschaftskreisen angehören. Es sollen sowohl die Verbraucher wie die Arbeiter und das Kapital ihre Vertretung haben, und zwar sollen die Vertreter der Verbraucher den Konsumvereinen und Einkaufsgenossenschaften, dem Städteverband, den Abnehmern der gemeinnützigen Betriebe, den Elternvereinigungen und den gegenseitigen Hilfsvereinigungen entnommen werden. Die Aufgabe des französischen Reichswirtschaftsrates ist, sich mit den Fragen des Wirtschaftslebens zu befassen und Lösungen derselben zu finden, die der Regierung zur Ausführung vorgelegt werden.

Kaufhaus Tempelhof

Inh. Edmund Elend Berliner Straße 126

Straßenbahnverbindungen: Linie 25, 35, 52, 98, 99, 199. — Vom Bahnhof Mariendorf und Ringbahnhof Tempelhof in 10 Minuten zu erreichen.

Besonders billige Weihnachts-Angebote

Kleiderstoffe Velours-Barch. 95 Pf. Zephir 95 Pf. Kleiderstoffe 95 Pf. Blusenstreifen 1 25 Schotten 1 45 Cheviot 2 45	Seidenstoffe Delveia 1 45 Blusenstreifen 1 90 Trikotseide 3 95 Crêpe-Georgette 6 50 Moiré 7 90 Crêpe de Chine 8 75	Baumwollstoffe Renforcé 65 Pf. Handtuchstoff 65 Pf. Nessel 85 Pf. Linon 95 Pf. Nessel 1 45 Schürzenstoff 1 75 Bettuchbiber 2 65	Damen-Mäntel Winter-Mäntel 8 50 Flausch-Mäntel 16 50 Phantasie-Mäntel 19 50 Vel. de laine-Mant. 27 50 Krimmer-Mäntel 39 50 Wollplüsch-Jack. 42 50	Damen-Kleider Kleid 4 50 Cheviotkleid 7 50 Seiden-Trikotkleid 7 50 Tanzkleid 29 50 Gabardinekleid 39 50 Morgenröcke 10 50
Wollwaren Damen-Schleier 95 Pf. Damen-Schleier 4 95 Herren-Binnsatzhemd. 2 75 Herren-Garnituren 4 95 Rodel-Garnituren 7 50 Sportjacken 7 50	Gardinen, Decken Gardinen 50 Pf. Künstler-Garnitur 5 95 Madras-Garnitur 10 25 Halb-Stores 16 50 Schlafdecken 1 95 Tischdecken 8 50 Diwanddecken 17 50	Teppiche / Läufer Deutsch-Perser 17.50 Bouclé, Imt. 19.50 Linoleum-Teppiche 34.50 Linoleum-Läufer 3 25 Läufer-Stoffe 1.95	Damen-Wäsche Taghemd 1 45 Taghemd 1 85 Beinkleid 1 65 Garnituren 3 95 Hemdbosen 3 95 Nachthemden 3 95	Herrn-Artikel Hoseuröcker 75 Pf. Binder 95 Pf. Sport-Serviteurs 95 Pf. Zeph.-Oberhd. 3 95 Perkal-Oberhd. 5 50 Oberhemd 7 95 Herr.-u. Dam.-Schirme 4 95

Läuferstoffe, Teppiche

in Velours, Bouclé, Kokos Diwanddecken

Linoleum als Zimmerbelag

Läufer, Teppiche in großer Auswahl, Kokos-Matten in allen Qualitäten und Größen, Ausführung jeglicher Linoleumarbeiten.

C. Bargende, Charlottenburg
 Windscheidstraße 11, Ecke Pestalozzistraße, Wilmersdorfer Str. 79, Nähe Kurfürstendamm
 Fernsprecher: Steinplatz 4194, 5835, 5836

Herrn-, Damen- und Burschen-Bekleidung

auf Teilzahlung

Ware kann bei genügendem Ausweis sofort mitgenommen werden

Bekleidungshaus Kleingold

Weinbergsweg 26, 1. Etage
 3. Haus vom Rosenthaler Platz

Altes Spezialgeschäft in Kamelhaar-Schul-Kleider-Deden

Er folgen Strümpfen 3tes

billigste Angew. Gebrüder Pflaume Berlin SW, Friedrichstr. 205

PAUL SCHENCK
 REICHENBERGER STR. 30
 WILMERSDORF



70.-

komplett m. 50 cm Söldenschirm f. elektrisch 70.- M. für Gas 55.-

9.50 8.-

aus unserer Bekleide-Kollektion

Geübte Musterausstellung in Berlin.

Zähne 1,50 M. Teilzahlung

Zähne ohne Gaumen v. 3 M. an

Kronen v. 3 M. an / Plomben v. 1,50 M. an

Zahnziehen m. Betäubung 1 M.

Zahnarzt Dr. med. Wolf, Potsdamer Str. 55
 Vorzeiler 10% Rabatt

ca. 700 St. Wickwesten

Jacken, Rodelgarnit., Jumper, Schals, Mützen etc. in neuester Mod. und richtiger Ausföhr. zum Einzelverkauf ständ am Lager v. 5.50 bis 19.50 M.

Blyies Kinderkleidung

zu Originalpreisen Bitte kommen Sie vertrauensvoll zu uns; Sie finden das Richtige. Bruno Richter & Co., Fabriklager Thür. Wollwaren, Berlin-Pankow, Mähnenstr. 1, Ecke Breite Str. Geschäftszeit 9-7

Vorwärts-Inscrate

verbürgen Erfolg!

Asthma

höhere Hilfe durch Reichle'sche Asthmatactipen, berühmt durch ihre Wirkung M. 2.50. In Drogerien und Apotheken, jedoch echt nur mit Reichle.

Otto Reichle, Berlin 43
 50, Güterbahnhofstr. 4